

Armin Steinbach (Hrsg.)
NABEG/EnLAG/EnWG
De Gruyter Kommentar

NABEG/EnLAG/EnWG

Kommentar zum Recht des Energieleitungsbaus

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. iur. Dipl.-Volkswirt Armin Steinbach, LL.M.,
Bundeswirtschaftsministerium, Berlin

Bearbeitet von

Regierungsdirektor Ass. iur. Karsten Bourwieg, Bundesnetz-
agentur, Bonn; **Regierungsrätin Dr. iur. Ursula Heimann, LL.M.,**
Bundesnetzagentur, Bonn; **Prof. Dr. iur. Dipl.-Kaufmann Helmut**
Lecheler, Berlin; **Rechtsanwalt Dr. iur. Dipl.-Politologe Julian**
Asmus Nebel, GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten, Berlin;
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Dr. iur. Christoph Riese, GÖRG Partnerschaft von Rechts-
anwälten, Berlin; **Ministerialrat Dr. iur. Christof Sangenstedt,**
Bundesumweltministerium, Berlin; **Regierungsrat Dr. iur.**
Dipl.-Volkswirt Armin Steinbach, LL.M., Bundeswirtschafts-
ministerium, Berlin

DE GRUYTER

Zitiervorschlag: Steinbach/*Bearbeiter*, Teil 1 Einleitung Rn 6 oder Teil 4 NABEG § 3 Rn 7.

Hinweis: Alle Angaben in diesem Werk sind nach bestem Wissen unter Anwendung aller gebotenen Sorgfalt erstellt worden. Trotzdem kann von dem Verlag und den Autoren keine Haftung für etwaige Fehler übernommen werden.

ISBN 978-3-11-028120-0
e-ISBN 978-3-11-028126-2

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Datenkonvertierung/Satz: jürgen ullrich typesatz, Nördlingen
Druck: Hubert & Co., Göttingen
∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Vorwort

Die Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Energieleitungsbau im vergangenen Jahr kamen für manch einen überstürzt. Nicht weniger als sieben Gesetze verabschiedete der Gesetzgeber im heißen „Energiesommer“ 2011. Dabei hatten die ministeriellen Apparate nur wenige Monate Zeit, um die Gesetze auszuarbeiten. Der Anlass für die Eile lag auf der Hand: Die Katastrophe von Fukushima löste hierzulande einen Sinneswandel aus. Die Energiewende – der Umbau unserer Energieversorgung hin zu Erneuerbarer Energie – sollte noch schneller voran gebracht, der Ausstieg aus der Kernenergie noch schneller besiegelt werden. Das hatte unweigerlich Konsequenzen auch für den Netzausbau, denn die größten Herausforderungen bei der Modernisierung der Netzinfrastruktur liegen im Ausbau der Erneuerbaren. Der Wegfall von Erzeugungskapazität aus Kernenergie im Süden und der Zubau neuer Erzeugungsanlagen im Norden – das ohnehin schon bestehende Nord-Süd-Gefälle in der Stromerzeugung wurde durch das Kernkraft-Moratorium und den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie noch weiter verschärft.

Der letzte Sommer wurde damit zu einer Zäsur im Genehmigungsregime für das deutsche Höchstspannungsnetz. Endlich war der politische Impetus vorhanden, an die „großen Räder“ der Beschleunigung zu gehen. Zu deutlich waren den politischen Akteuren die Erfahrungen mit dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) aus dem Jahre 2009 vor Augen geführt worden. Trotz gesetzlicher Anordnung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit sind die Fortschritte bei der Umsetzung der im EnLAG aufgenommenen Höchstspannungsleitungen bis heute dürftig: Die Verzögerungen aufgrund von verschleppten Verfahren, uneinheitlichen Verfahrenspraktiken und fehlender Akzeptanz traten immer offenkundiger zu Tage.

Die Besonderheiten des Energiesommers 2011 und der Handlungsdruck nach Fukushima boten damit die Grundlage, sich an das „heiße Eisen“ des Netzausbaus zu wagen – die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern. Synergien sollten geschaffen, Verfahrensverzögerungen abgebaut und einheitliche Verfahrensstandards festgelegt werden. Die Vorbehalte und Widerstände der Länder waren groß. Denn – so fragten sich die Länder – wieso sollte eine Bundesbehörde im fernen Bonn, die bis dato nur Erfahrung mit der Regulierung der Netze hatte, besser und vor allem schneller sein als die erfahrenen Länderbehörden? Bis zum Schluss wurde mit Haken und Ösen zwischen Bund und Ländern um eine Lösung gerungen. Heraus kam ein salomonischer Kompromiss: Die Bundesnetzagentur sollte nur für die Bundesfachplanung von länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Projekten zuständig sein. Alle anderen Leitungen, insbesondere das Planfeststellungsverfahren, sollten bei den Ländern verbleiben. Allein durch Rechtsverordnung sollten die Planfeststellungsverfahren auf den Bund übertragen werden können – die nahe Zukunft wird zeigen, ob das Gerangel bei der Bestimmung der Leitungen von vorne beginnt.

Die Herausgeber und Autoren des NABEG waren in der einen oder anderen Form am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Sie sind die „Praktiker der Entstehung“ der Gesetze und richten diesen Kommentar an die „Praktiker der Umsetzung“ der Gesetze. Dem praxisnahen Ansatz des Kommentars folgend entstammen die Autoren den federführenden Bundesministerien, der Bundesnetzagentur, der im Bereich Energiewirtschaft tätigen Rechtsberatung und der Wissenschaft. Erfahrungen der Kommentatoren aus ihren jeweiligen Spezialgebieten sind mit eingeflossen. Dieser Kommentar soll Netzbetreibern, Anwaltskanzleien, Länder- und Bundesbehörden sowie allen anderen Verfahrensbeteiligten in den relevanten Fragen im Zusammenhang mit neuen wie alten Gesetzen praxistaugliche Antworten geben.

Nach einer Einleitung (Teil 1) wird das gegenwärtige Regelwerk des Energieleitungsausbaugesetzes (Teil 2) kommentiert. Schwerpunkt ist die anschließende Kommentierung der einzelnen Vorschriften des EnWG (Teil 3) und des NABEG (Teil 4). Die rechtswissenschaftliche Literatur

und die Rechtsprechung sind, soweit nichts anderes angegeben ist, bis zum 15.10.2012 ausgewertet. Die Gesetzgebung ist ebenfalls bis zu diesem Tage berücksichtigt.

Wir danken unseren Kolleginnen und Kollegen, die uns mit wertvollen Hinweisen und Anregungen bei der Erstellung dieses Kommentars unterstützt haben. Wir hoffen, Ihnen mit diesem Werk für die tägliche Praxis einige Hilfestellungen geben zu können. Wir sind für kritische Anmerkungen, konstruktive Ideen und zielführende Diskussionen stets aufgeschlossen und dankbar. Sollten trotz Anwendung größter Sorgfalt Unzulänglichkeiten oder Irrtümer in die Kommentierung eingeflossen sein, übernimmt der Herausgeber die Verantwortung.

Sie erreichen uns unter:

Regierungsrat Dr. iur. Dipl.-Volkswirt Armin Steinbach, LL.M.
Wichertstraße 52
10439 Berlin
armin.steinbach@googlemail.com

Berlin, im November 2012

Armin Steinbach

Geleitwort

Kaum ein energiepolitischer Bereich steht aktuell so im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion wie der Netzausbau – zu Recht. Der Ausbau der Netzinfrastruktur ist zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Die ehrgeizigen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren werden nur erreichbar sein, wenn der Strom zuverlässig von den neuen Erzeugungsquellen in die Verbrauchszentren transportiert wird.

Das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) aus dem Jahr 2009 hat bereits vor der Energiewende dringliche Ausbaubedarfe identifiziert. Bei der Realisierung dieser Vorhaben gibt es aus verschiedenen Gründen teilweise deutliche Verzögerungen, die von der Bundesnetzagentur regelmäßig dokumentiert werden. Bei dem für die Realisierung der Energiewende zusätzlich notwendigen Netzausbau können wir uns vergleichbare Verzögerungen allerdings nicht leisten. Deswegen hat der Gesetzgeber im letzten Jahr wichtige Voraussetzungen geschaffen, um den Netzausbau zu beschleunigen. Mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und der Schaffung eines Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) hat er zentrale Hindernisse bei der Planung und Genehmigung von Stromleitungen adressiert. Die neuen Regelungen zielen dabei auf eine größtmögliche, frühzeitige und transparente Öffentlichkeitsbeteiligung von der Bedarfsplanung bis zur Errichtungsgenehmigung ab, die von der Bundesnetzagentur als zentrale Institution durchgeführt wird. Über mehr und frühere Bürgerbeteiligung zu mehr Akzeptanz und so im Ergebnis zur Beschleunigung zu kommen – das sind Kernelemente des NABEG und zentrale Anliegen der Bundesnetzagentur.

Gleichwohl betreten alle Beteiligten mit dem neuen Regelwerk Neuland – Vorhabenträger, Verfahrensbeteiligte, Betroffene und die zuständigen Behörden. Sie alle werden sich an einem neuen Genehmigungsregime mit innovativen Beteiligungsformen und straffen Planungs- und Genehmigungsschritten neu ausrichten müssen. Die Diskussion in Wissenschaft und Praxis hat bereits während des Gesetzgebungsverfahrens eingesetzt. Das ist zu begrüßen.

Das vorliegende Werk führt alle für das Energieleitungsplanungsrecht maßgeblichen Vorschriften aus EnWG, EnLAG und NABEG in einer übergreifenden Betrachtung zusammen. Darüber hinaus zeichnet es sich dadurch aus, dass sich hier überwiegend Autoren zusammengefunden haben, die sehr nah am Entstehungsprozess der Gesetze beteiligt waren und über die den neuen Vorschriften zugrunde liegenden Beweggründe und Problemanalysen bestens informiert sind. Dass es dabei eine Innensicht gibt, die sich in dem anstehenden öffentlichen Diskurs und der Verwaltungspraxis bewähren muss, macht den besonderen Reiz dieser Kommentierung aus.

Bonn, im August 2012

Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, Bonn

Inhaltsübersicht

Literaturverzeichnis — **XLI**
Abkürzungsverzeichnis — **XLV**
Bearbeiterverzeichnis — **LI**

Teil 1 Einleitung — 1

Teil 2 EnLAG

Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG) — 23

Teil 3 EnWG

**Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)
– Auszug –**

...

Teil 3

Regulierung des Netzbetriebs

Abschnitt 1

Aufgaben der Netzbetreiber

...

- § 12a Szenariorahmen für die Netzentwicklungsplanung — **59**
- § 12b Erstellung des Netzentwicklungsplans durch die Betreiber von Übertragungsnetzen — **73**
- § 12c Bestätigung des Netzentwicklungsplans durch die Regulierungsbehörde — **86**
- § 12d Öffentlichkeitsbeteiligung bei Fortschreibung des Netzentwicklungsplans — **102**
- § 12e Bundesbedarfsplan — **105**
- § 12f Herausgabe von Daten — **119**
- § 12g Schutz europäisch kritischer Anlagen, Verordnungsermächtigung — **128**

...

Teil 5

Planfeststellung, Wegenutzung

- § 43 Erfordernis der Planfeststellung — **134**
- § 43a Anhörungsverfahren — **170**
- § 43b Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung — **182**
- § 43c Rechtswirkungen der Planfeststellung und Plangenehmigung — **194**
- § 43d Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens — **201**
- § 43e Rechtsbehelfe — **207**
- § 43f Unwesentliche Änderungen — **216**
- § 43g Projektmanager — **227**
- § 43h Ausbau des Hochspannungsnetzes — **234**
- § 44 Vorarbeiten — **243**
- § 44a Veränderungssperre, Vorkaufsrecht — **252**
- § 44b Vorzeitige Besitzeinweisung — **261**
- § 45 Enteignung — **273**
- § 45a Entschädigungsverfahren — **280**

§ 45b Parallelführung von Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren — **285**

...

...

Teil 10

Evaluierung, Schlussvorschriften

...

§ 117b Verwaltungsvorschriften — **291**

...

Teil 4 NABEG

Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Grundsatz — **295**

§ 2 Anwendungsbereich, Verordnungsermächtigung — **300**

§ 3 Begriffsbestimmungen — **307**

Abschnitt 2

Bundesfachplanung

§ 4 Zweck der Bundesfachplanung — **311**

§ 5 Inhalt der Bundesfachplanung — **312**

§ 6 Antrag auf Bundesfachplanung — **337**

§ 7 Festlegung des Untersuchungsrahmens — **346**

§ 8 Unterlagen — **393**

§ 9 Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung — **405**

§ 10 Erörterungstermin — **417**

§ 11 Vereinfachtes Verfahren — **424**

§ 12 Abschluss der Bundesfachplanung — **436**

§ 13 Bekanntgabe und Veröffentlichung der Entscheidung — **451**

§ 14 Einwendungen der Länder — **456**

§ 15 Bindungswirkung der Bundesfachplanung — **459**

§ 16 Veränderungsperren — **475**

§ 17 Bundesnetzplan — **487**

Abschnitt 3

Planfeststellung

§ 18 Erfordernis einer Planfeststellung — **488**

§ 19 Antrag auf Planfeststellungsbeschluss — **520**

§ 20 Antragskonferenz, Festlegung des Untersuchungsrahmens — **525**

§ 21 Einreichung des Plans und der Unterlagen — **546**

§ 22 Anhörungsverfahren — **557**

§ 23 Umweltverträglichkeitsprüfung — **568**

§ 24 Planfeststellungsbeschluss — **573**

§ 25 Unwesentliche Änderungen — **578**

§ 26 Zusammentreffen mehrerer Vorhaben — **589**

§ 27 Vorzeitige Besitzeinweisung und Enteignungsverfahren — **595**

§ 28 Durchführung eines Raumordnungsverfahrens — **606**

Abschnitt 4

Gemeinsame Vorschriften

§ 29 Projektmanager — 609

§ 30 Kostenpflichtige Amtshandlungen — 617

Abschnitt 5

Behörden und Gremien

§ 31 Zuständige Behörde — 624

§ 32 Bundesfachplanungsbeirat — 629

Abschnitt 6

Sanktions- und Schlussvorschriften

§ 33 Bußgeldvorschriften — 636

§ 34 Zwangsgeld — 639

§ 35 Übergangsvorschriften — 642

Stichwortverzeichnis — 645

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis — **XLI**

Abkürzungsverzeichnis — **XLV**

Bearbeiterverzeichnis — **LI**

Teil 1

Einleitung

- A. Treiber des Netzausbaus — **1**
- B. Der Netzausbau als energiepolitisches Ziel — **3**
- C. Der Netzausbau im deutschen Recht — **3**
 - I. Einleitung — **3**
 - II. Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz 2006 — **4**
 - III. Energieleitungsausbaugesetz 2009 — **5**
 - IV. EnWG-Novellierung 2011 — **6**
 - 1. Staatliche Infrastrukturverantwortung — **7**
 - 2. Legitimation der Bedarfsplanung — **8**
 - 3. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung — **8**
 - 4. Transparenz der Bedarfsplanung — **10**
 - 5. Technologieoffenheit des Netzausbaus — **10**
 - V. Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2011 — **11**
 - 1. Problemanalyse am Ausgangspunkt des NABEG — **11**
 - 2. Reformansatz der Bundesfachplanung und Planfeststellung — **12**
 - VI. Europarechtlicher Rahmen zum Netzausbau — **15**
 - VII. Verfassungsmäßigkeit des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes — **16**
 - 1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes — **16**
 - 2. Vollzugskompetenz des Bundes — **18**
 - 3. Verfassungsmäßigkeit der VO-Befugnis zur Übertragung der Planfeststellungszuständigkeit — **19**
 - 4. Überblick über den stufenweisen Bedarfsplanungs- und Genehmigungsprozess — **19**

Teil 2 EnLAG

Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG)

- A. Vorgeschichte — **24**
- B. Gesetzgebungsverfahren des EnLAG (I) und des ersten Änderungsg (II) — **27**
 - I. Gesetzgebungsverfahren des EnLAG — **27**
 - 1. Bundesrat — **27**
 - 2. Bundesregierung — **28**
 - 3. Bundestag — **29**
 - 4. Bundesrat — **31**
 - 5. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens — **31**
 - II. Erstes Änderungsgesetz — **31**
- C. Zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes zum Erlass dieses Gesetzes — **32**
 - I. Wo liegt die Kompetenzgrundlage für den Bund? — **32**
 - 1. Auswirkungen der Föderalismusreform I — **32**
 - 2. Amtliche Begründung des Gesetzentwurfes — **33**

- II. Hat der Bund von dieser Kompetenz erschöpfend Gebrauch gemacht oder hat er offene Räume gelassen, die die Landesgesetzgeber nutzen können? — **35**
 - 1. Vor Erlass des EnLAG — **35**
 - 2. Nach Erlass des EnLAG — **37**
- III. Sind die – verschärften – Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG erfüllt? — **39**
- D. Kommentierung im Einzelnen — **41**

§ 1 — **41**

- 1. Abs. 1 (Bedarfsplan) — **41**
 - a) Vorgeschaltete Bedarfsplanung — **41**
 - aa) Aufstellung, Umfang und Rechtswirkungen eines Bedarfsplans — **41**
 - bb) Alternative oder kumulative Voraussetzungen? — **43**
 - b) Erfordernis eines vordringlichen Bedarfs — **43**
- 2. Abs. 2 wesentliche Rechtswirkungen — **44**
 - a) Die Rechtswirkungen — **44**
 - b) Nicht abschließende Liste — **45**
- 3. Abs. 3 Rechtszug — **45**
- 4. Abs. 4 — **46**
- 5. Abs. 5 — **46**

§ 2 — **47**

- 1. Umfang, Zweck und Verpflichtungsgehalt der Verkabelungsregelung — **48**
- 2. § 2 Abs. 1: Ausgewählte Vorhaben — **48**
 - a) Im Grundsatz Auswahlfreiheit des Vorhabenträgers — **48**
 - b) Planfeststellungsverfahren — **49**
 - c) Abwägungsspielraum der Planfeststellungsbehörde — **49**
 - d) Öffentlichkeitsbeteiligung in der UVP-Prüfung — **50**
 - e) Gesetzliche Grenzen — **50**
 - f) Übergangsvorschriften — **50**
- 3. § 2 Abs. 2 (bedingter Verkabelungszwang auf Verlangen der Behörde) — **50**
 - a) Anwendungsbereich — **50**
 - b) Einschränkung der Wahlfreiheit — **51**
 - c) Technisch und wirtschaftlich effizienter Teilabschnitt — **52**
 - d) S. 2 des Abs. 2: Querung des Rennsteiges im Thüringer Wald — **52**
- 4. § 2 Abs. 3: Planfeststellung auf Antrag bei Teilverkabelung von Erdkabeln — **53**
- 5. § 2 Abs. 4: Kosten bzw. Mehrkosten — **53**

§ 3 — **55**

- E. Abgrenzung zum NABEG, gegenwärtiger Stand und Kritik — **56**
 - 1. Abgrenzung zum NABEG — **56**
 - 2. Der gegenwärtige Stand — **56**
 - 3. Kritik — **57**

Teil 3 EnWG**Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)
– Auszug –**

...

Teil 3**Regulierung des Netzbetriebs****Abschnitt 1****Aufgaben der Netzbetreiber**

...

§ 12a Szenariorahmen für die Netzentwicklungsplanung — 59

- I. Allgemeines — 60
 - 1. Überblick über die Norm — 60
 - 2. Regelungszweck — 60
 - 3. Entstehungsgeschichte — 60
- II. Zweck des Szenariorahmens und des Netzentwicklungsplans — 61
- III. Erarbeitung des Szenariorahmens (Abs. 1 S. 1) — 62
- IV. Szenarien (Abs. 1 S. 2 und 3) — 63
- V. Annahmen für den Szenariorahmen (Abs. 1 S. 4) — 65
- VI. Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Szenariorahmens (Abs. 2) — 68
- VII. Genehmigung des Szenariorahmens (Abs. 3) — 69
 - 1. Rechtscharakter der Genehmigung — 69
 - 2. Zuständigkeit und Verfahren — 70
 - 3. Inhalt der Genehmigung — 70
 - 4. Rechtsschutz — 71
 - a) Zulässigkeitsvoraussetzungen — 71
 - b) Gerichtszuständigkeit — 72
- VIII. Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan der Fernleitungsnetzbetreiber (§ 15a) — 72

§ 12b Erstellung des Netzentwicklungsplans durch die Betreiber von Übertragungsnetzen — 73

- I. Allgemeines — 74
 - 1. Überblick über die Norm — 74
 - 2. Regelungszweck — 74
 - 3. Entstehungsgeschichte — 75
- II. Erstellung des Netzentwicklungsplans durch die ÜNB — 75
 - 1. Bedeutung eines gemeinsamen Netzentwicklungsplans — 75
 - 2. Erarbeitung des Netzentwicklungsplans — 76
 - a) Schritte zur Erstellung des Netzentwicklungsplans — 76
 - b) Zusammenarbeit mit den VNB (Abs. 3 S. 3) — 77
 - 3. Zeitpunkt der Vorlage — 78
- III. Inhalt des Netzentwicklungsplans (Abs. 1 und 2) — 78
 - 1. NOVA-Prinzip — 78
 - 2. Sicherer und zuverlässiger Netzbetrieb — 79
 - 3. Erforderlichkeit nach den Szenarien des Szenariorahmens — 79
 - 4. Zeitplan, Ausbaubedarf der nächsten drei Jahre und Verzögerungen — 80
 - 5. Übertragungstechnologie und Pilotprojekte — 81
 - 6. Berücksichtigung des gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplans (Abs. 1 S. 5) — 81
 - 7. Berücksichtigung der Offshore-Netzpläne (Abs. 1 S. 5) — 82
- IV. Veröffentlichung und Öffentlichkeitsbeteiligung (Abs. 3) — 83
- V. Inhalt der Vorlage zur Bestätigung — 84

- VI. Aufsichtsmaßnahmen und Bußgeldvorschriften — **84**
- VII. Netzentwicklungsplan der Fernleitungsnetzbetreiber (§ 15a) — **84**
- VIII. Monitoring und Berichterstattung — **85**

§ 12c Bestätigung des Netzentwicklungsplans durch die Regulierungsbehörde — 86

- I. Allgemeines — **87**
 - 1. Überblick über die Norm — **87**
 - 2. Regelungszweck — **87**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **87**
- II. Prüfung des Netzentwicklungsplans (Abs. 1) — **88**
 - 1. Prüfprogramm der Regulierungsbehörde (Abs. 1 S. 1) — **88**
 - 2. Informationen der ÜNB (Abs. 1 S. 3) — **88**
 - 3. Änderungsverlangen (Abs. 1 S. 2, Abs. 5) — **89**
 - 4. Kohärenz mit dem gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplan (Abs. 1 S. 4) — **89**
- III. Strategische Umweltprüfung (Abs. 2) — **90**
 - 1. Zeitpunkt der Erstellung des Umweltberichts — **90**
 - 2. Grundsätze der SUP zum Bundesbedarfsplan — **91**
 - 3. Informationen der ÜNB (Abs. 2 S. 2) und der zu beteiligenden Behörden — **92**
 - 4. Inhalt der SUP zum Bundesbedarfsplan — **93**
 - a) Vernünftige Alternativen — **93**
 - b) Prüfung der Umweltauswirkungen — **95**
 - c) Zumutbarkeit — **95**
 - d) Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben — **96**
 - 5. Inhalt des Umweltberichts — **96**
 - 6. Rechtsschutz — **97**
- IV. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Abs. 3) — **97**
 - 1. Beteiligte und Gegenstand der Beteiligung — **97**
 - 2. Dauer der Beteiligung (Abs. 3 S. 1) — **98**
 - 3. Form (Abs. 3 S. 4) — **98**
- V. Entscheidung der Regulierungsbehörde (Abs. 4) — **99**
 - 1. Überprüfung des Umweltberichts (§ 14k UVPG) — **99**
 - 2. Bestätigung des Netzentwicklungsplans (Abs. 4 S. 1) — **99**
 - 3. Rechtsschutz (Abs. 4 S. 1 und 2) — **100**
- VI. Festlegungsbefugnis (Abs. 6) — **100**
 - 1. Zweck und Umfang — **100**
 - 2. Rechtsschutz — **101**
- VII. Ordnungswidrigkeiten § 95 — **101**

§ 12d Öffentlichkeitsbeteiligung bei Fortschreibung des Netzentwicklungsplans — 102

- I. Allgemeines — **102**
 - 1. Überblick über die Norm — **102**
 - 2. Regelungszweck — **102**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **102**
- II. Beschränkung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung — **103**
 - 1. Möglichkeit der Beschränkung — **103**
 - 2. Umfang der Beschränkung — **103**
- III. Erforderlichkeit eines vollständigen Verfahrens — **104**

§ 12e Bundesbedarfsplan — 105

- I. Allgemeines — **106**

1. Überblick über die Norm — **106**
2. Regelungszweck — **106**
3. Entstehungsgeschichte — **106**
- II. Inhalt des Bundesbedarfsplans und Verfahren — **107**
 1. Ablauf des Verfahrens und Aufgabenverteilung — **107**
 2. Erlass durch den Bundesgesetzgeber (Abs. 1 S. 2) — **107**
 3. Leitungen und Vorhaben (Abs. 2 und 4) — **108**
 4. Kennzeichnungen im Entwurf für einen Bundesbedarfsplan (Abs. 2) — **108**
 - a) Länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen — **108**
 - b) Offshore-Anbindungsleitungen — **109**
 5. Begründung (Abs. 2 S. 2) — **110**
 6. HGÜ-Erdkabel als Pilotprojekt (Abs. 3) — **110**
- III. Rechtswirkungen des Bundesbedarfsplans (Abs. 4) — **112**
 1. Feststellung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und des vordringlichen Bedarfs — **112**
 2. Verbindlichkeit für die ÜNB — **114**
 3. Verbindlichkeit für die Planfeststellung — **114**
- IV. Änderung des Bundesbedarfsplans (Abs. 1 und 5) — **115**
 1. Verfahren bei Änderungen (Abs. 1 S. 3) — **115**
 2. Auswirkungen auf die SUP (Abs. 5) — **115**
- V. Rechtsschutzmöglichkeiten — **115**
- VI. Zuständigkeit des BVerwG für Vorhaben des Bundesbedarfsplanes? — **116**

§ 12f Herausgabe von Daten — 119

- I. Allgemeines — **119**
 1. Überblick über die Norm — **119**
 2. Regelungszweck — **120**
 3. Entstehungsgeschichte — **120**
- II. Zurverfügungstellung von Daten an das BMWi, BMU und UBA (Abs. 1) — **120**
 1. Daten für die digitale Netzberechnung — **120**
 2. Erforderlichkeit für digitale Netzberechnungen — **121**
 3. Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung — **121**
 4. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse — **121**
- III. Datenherausgabeanspruch Dritter (Abs. 2) — **122**
 1. Anspruchsberechtigter (Abs. 2 S. 1) — **122**
 - a) Nachweis der Fachkunde — **122**
 - b) Nachweis des berechtigten Interesses — **123**
 - c) Zusage der vertraulichen Behandlung oder Berechtigung für den Umgang mit Verschlussachen — **123**
 - d) Zusammenarbeit mit den Regulierungsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten — **123**
 2. Antragserfordernis (Abs. 2 Satz 1) — **124**
 3. Umfang der Datenherausgabe — **124**
 4. Datenformat (Abs. 2 S. 2) — **125**
 5. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Herausgabe typisierter und anonymisierter Datensätze (Abs. 2 S. 3 und 4) — **125**
 6. Anspruch auf Herausgabe trotz formaler Einstufung als Verschlussache — **125**
 7. Verhältnis zu anderen Informationsansprüchen — **126**
 8. Rechtsschutz — **126**
- IV. Datenherausgabe bei anderen Netzentwicklungsplänen — **127**

§ 12g Schutz europäisch kritischer Anlagen, Verordnungsermächtigung — 128

- I. Allgemeines — **128**
 - 1. Überblick über die Norm — **128**
 - 2. Regelungszweck — **129**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **129**
- II. Europäisch kritische Anlagen (Abs. 1) — **129**
 - 1. Definition der europäisch kritischen Anlage (Abs. 1 S. 1) — **129**
 - 2. Bestimmung der europäisch kritischen Anlagen durch Festlegung (Abs. 1 S. 2 bis 4) — **130**
 - a) Festlegung durch die BNetzA — **130**
 - b) Europäische Vorgaben für die Ermittlung — **131**
 - c) Bericht der ÜNB (Abs. 1 S. 3 und 4) — **131**
 - d) Anpassung bzw. Neuerlass der Festlegung — **131**
 - e) Rechtsschutz gegen die Festlegung — **132**
- III. Sicherheitspläne und Sicherheitsbeauftragte (Abs. 2) — **132**
- IV. Verordnungsermächtigung (Abs. 3) — **132**
- V. Geheimhaltungserfordernis: Einstufung als Verschlusssache (Abs. 4) — **132**
- VI. Aufsichtsmaßnahmen und Bußgeldvorschriften — **133**

...

Teil 5

Planfeststellung, Wegenutzung

§ 43 Erfordernis der Planfeststellung — 134

- I. Allgemeines — **135**
 - 1. Überblick über die Norm — **135**
 - 2. Regelungszweck — **136**
 - 3. Verhältnis zum Netzausbaubeschleunigungsgesetz — **136**
 - 4. Beschleunigungsgesetzgebung — **137**
 - 5. Entstehungsgeschichte — **138**
- II. Antrag auf Planfeststellung — **138**
- III. Erfordernis der Planfeststellung — **139**
 - 1. Planfeststellungspflichtige Vorhaben — **139**
 - a) Hochspannungsfreileitungen (S. 1 Nr. 1) — **139**
 - b) Gasversorgungsleitungen (S. 1 Nr. 2) — **140**
 - c) Netzanbindung von Offshore-Anlagen (S. 1 Nr. 3) — **140**
 - d) Grenzüberschreitende Gleichstrom-Hochspannungsleitungen (S. 1 Nr. 4) — **141**
 - aa) Allgemein — **141**
 - bb) Grenzüberschreitung — **141**
 - cc) Verknüpfungspunkt — **141**
 - 2. Planfeststellungsfähige Vorhaben — **142**
 - a) Erdkabel (S. 4 und S. 7) — **142**
 - aa) Erdkabel mit einer Nennspannung von 110 Kilovolt (S. 7) — **142**
 - bb) Erdkabel im Küstenbereich (S. 4) — **143**
 - cc) Erdkabel Pilotprojekte — **143**
 - b) Nebenanlagen (S. 2) — **143**
 - 3. Errichtung von Leitungen — **144**
 - 4. Betrieb von Leitungen — **145**
 - 5. Änderung von Leitungen — **145**
- IV. Materiell-rechtliche Anforderungen — **146**
 - 1. Planrechtfertigung — **146**

- a) Grundsätze — **146**
- b) Planrechtfertigung bei gesetzlicher Bedarfsplanung — **147**
- 2. Beachtung zwingenden materiellen Rechts — **147**
 - a) Raumordnungsrecht — **148**
 - aa) Allgemeines — **148**
 - bb) Verfahren — **148**
 - cc) Rechtswirkung — **148**
 - dd) Verhältnis zur Bundesfachplanung — **149**
 - b) Umweltverträglichkeitsprüfung — **149**
 - aa) Allgemeines — **149**
 - bb) UVP-Pflicht — **149**
 - cc) Verfahren — **150**
 - dd) Variantenprüfung — **150**
 - c) Naturschutzrecht — **150**
 - aa) Europäischer Gebietsschutz – FFH-Gebiete — **151**
 - (1) Schutzsystematik des europäischen Gebietsschutzes — **151**
 - (2) Vorprüfung — **152**
 - (3) FFH-Verträglichkeitsprüfung — **152**
 - (4) Abweichungsverfahren — **154**
 - bb) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses — **154**
 - cc) Alternativenprüfung — **155**
 - dd) Kohärenzmaßnahmen — **156**
 - ee) Vermeidungsmaßnahmen, CEF-Maßnahmen — **157**
 - (1) Vogelschutz — **157**
 - (2) Artenschutz — **157**
 - ff) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen — **158**
 - (1) Allgemein — **158**
 - (2) Ersatzgeld — **158**
 - d) Immissionsschutzrecht — **159**
 - aa) Elektromagnetische Felder — **159**
 - bb) Koronaeffekte — **159**
- 3. Abschnittsbildung — **160**
 - a) Rechtfertigung der Bildung von Trassenabschnitten — **160**
 - b) Vorläufige positive Gesamtprognose — **161**
 - c) Antrag — **162**
 - d) Planrechtfertigung — **162**
 - e) Rechtsschutz — **163**
- 4. Abwägungsentscheidung (S. 3) — **163**
 - a) Allgemeines — **163**
 - b) Alternativenprüfung — **164**
 - c) Alternativenprüfung nach FFH und Artenschutz — **167**
- V. Zuständigkeit und Verfahren — **168**
- VI. Rechtswirkungen — **168**
- VII. Rechtsschutz — **169**
 - 1. Rechtsschutz des Vorhabenträgers — **169**
 - 2. Rechtsschutz Dritter — **169**

§ 43a Anhörungsverfahren — 170

- I. Allgemeines — **171**
 - 1. Überblick über die Norm — **171**

2. Regelungszweck — **172**
 3. Entstehungsgeschichte — **172**
 4. Unionsrechtliche Bezüge — **173**
 - II. Ablauf des Anhörungsverfahrens (Nr. 1–5) — **173**
 1. Allgemeines — **173**
 2. Einleitung des Anhörungsverfahrens — **173**
 3. Auslegungsfrist (Nr.1) — **174**
 4. Vereinigungen (Nr. 2, 3) — **174**
 5. Andere Benachrichtigungsberechtigte (Nr. 4) — **175**
 6. Inhaltliche Anforderungen an die Einwendungen (§ 73 Abs. 4 VwVfG) — **175**
 7. Erörterungstermin (Nr. 5) — **176**
 - a) Allgemeines, Entstehungsgeschichte — **176**
 - b) Erörterungstermin — **177**
 - c) Durchführung der Erörterung — **177**
 - III. Planänderungen (Nr. 6) — **178**
 1. Allgemeines — **178**
 2. Regelungsgehalt — **178**
 - a) Beteiligung von Vereinigungen (Nr. 6 S. 1) — **178**
 - b) Benachrichtigung von Vereinigungen (Nr. 6 S. 2) — **178**
 - c) Wegfall der Erörterung (Nr. 6 S. 3) — **179**
 - IV. Präklusion (Nr. 7) — **179**
 1. Allgemeines (Nr. 7 S. 1) — **179**
 2. Wirkung (Nr. 7 S. 2, 3) — **179**
 3. Präklusion behördlicher Stellungnahmen (Nr. 7 S. 4) — **180**
- § 43b Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung — 182**
- I. Allgemeines — **183**
 1. Überblick über die Norm — **183**
 2. Regelungszweck — **183**
 3. Entstehungsgeschichte — **183**
 4. Unionsrechtliche Bezüge — **184**
 - II. Anwendung von § 74 VwVfG — **184**
 - III. Sonderregeln für dringliche Vorhaben (Nr. 1) — **184**
 1. Vorhaben nach § 43b Nr. 1 lit. a — **185**
 2. Vorhaben nach § 43b Nr. 1 lit. b — **185**
 3. Sonderregelungen für die Verfahren — **185**
 - IV. Plangenehmigung (Nr. 2) — **186**
 1. Allgemeines — **186**
 2. Entscheidung über die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens — **187**
 3. Voraussetzungen der Erteilung der Plangenehmigung — **187**
 - a) Antrag des Vorhabenträgers — **187**
 - b) Keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (Nr. 2 S. 1) — **187**
 - c) Unwesentliche Beeinträchtigung der Rechte anderer — **188**
 - d) Herstellen des Benehmens mit den Trägern öffentlicher Belange — **190**
 4. Sonderregelung für die Verfahren — **190**
 5. Rechtswirkungen (Nr. 3) — **191**
 6. Rechtsschutz — **191**
 - V. Entfallen von Planfeststellungsbeschluss und Plangenehmigung (§ 74 Abs. 7 VwVfG) — **192**

VI. Abstimmungspflicht der Länder (Nr. 4) — 192

VII. Zustellung (Nr. 5) — 192

§ 43c Rechtswirkungen der Planfeststellung und Plangenehmigung — 194

- I. Allgemeines — 194
 - 1. Überblick über die Norm — 194
 - 2. Regelungszweck — 194
 - 3. Entstehungsgeschichte — 195
- II. Rechtswirkung der Planfeststellung — 195
 - 1. Genehmigungswirkung — 195
 - 2. Konzentrationswirkung — 196
 - 3. Gestaltungswirkung — 197
 - 4. Ausschluss- und Duldungswirkungen — 197
 - 5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung — 198
- III. Rechtswirkung der Plangenehmigung — 198
- IV. Außerkrafttreten des Planfeststellungsbeschlusses — 198
 - 1. Dauer der Wirksamkeit (Nr. 1) — 199
 - 2. Anhörung vor Verlängerung (Nr. 2) — 199
 - 3. Verfahren bei Verlängerung (Nr. 3) — 200

§ 43d Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens — 201

- I. Allgemeines — 201
 - 1. Überblick über die Norm — 201
 - 2. Regelungszweck — 201
 - 3. Entstehungsgeschichte — 202
 - 4. Unionsrechtliche Bezüge — 202
- II. Modifizierte Geltung von § 76 Abs. 1 VwVfG (S. 1) — 203
 - 1. Allgemeines — 203
 - a) Anwendungsbereich — 203
 - aa) Planänderung — 203
 - bb) Planergänzung — 203
 - cc) Ergänzendes Verfahren — 203
 - b) Verhältnis zu § 43f (Unwesentliche Änderungen) — 204
 - 2. Neues Planfeststellungsverfahren (§ 76 Abs. 1 VwVfG) — 204
 - 3. Modifikation durch S. 1, Absehen von der Erörterung — 204
- III. Geltung von § 76 Abs. 2, 3 VwVfG — 205
 - 1. Absehen von einem neuen Verfahren (§ 76 Abs. 2 VwVfG) — 205
 - a) Allgemeines — 205
 - b) Modifikation durch § 43d — 205
 - 2. Vereinfachtes neues Verfahren (§ 76 Abs. 3 VwVfG) — 206
- IV. Sonstige Verfahrensvorschriften (S. 2) — 206

§ 43e Rechtsbehelfe — 207

- I. Allgemeines — 207
 - 1. Überblick über die Norm — 207
 - 2. Regelungszweck — 208
 - 3. Entstehungsgeschichte — 208
 - 4. Unionsrechtliche Bezüge — 208
- II. Rechtsschutz betroffener Eigentümer, Nachbarn, Gemeinden — 209
 - 1. Hauptsacheverfahren — 209

- a) Allgemeines — **209**
- b) Zuständigkeit — **209**
- c) Aufschiebende Wirkung (Abs. 1 S. 1) — **210**
- d) Begründungsfrist (Abs. 3 S. 1) — **210**
- e) Zurückweisung durch das Gericht (Abs. 3 S. 2) — **210**
- 2. Einstweiliger Rechtsschutz — **210**
 - a) Antrags- und Begründungsfrist (Abs. 1 S. 2) — **211**
 - b) Sofortige Vollziehbarkeit — **211**
- 3. Anwendung von § 58 VwGO (Abs. 1 S. 4) — **211**
- III. Rechtsschutz von Umweltverbänden — **212**
- IV. Spätere Änderung der Tatsachen (Abs. 2) — **213**
- V. Entscheidungsmaßstab des Gerichts (Abs. 4) — **213**
 - 1. Erheblichkeit eines Mangels (Abs. 4 S. 1) — **213**
 - 2. Fehlerfolgen (Abs. 4 S. 2 Hs. 1) — **214**
 - 3. Heilung und Unbeachtlichkeit nach VwVfG (Abs. 4 S. 2 Hs. 2) — **214**

§ 43f Unwesentliche Änderungen — 216

- I. Allgemeines — **216**
 - 1. Überblick über die Norm — **216**
 - 2. Regelungszweck — **217**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **218**
 - 4. Unionsrechtliche Bezüge — **218**
 - 5. Anwendungsausschluss von § 74 Abs. 7 VwVfG — **218**
- II. Unwesentliche Änderung oder Erweiterung (S. 2) — **220**
 - 1. Keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (S. 2 Nr. 1) — **220**
 - 2. Keine Berührung öffentlicher Belange (S. 2 Nr. 2) — **221**
 - 3. Keine Beeinträchtigung der Rechte anderer (S. 2 Nr. 3) — **222**
- III. Durchführung des Anzeigeverfahrens — **223**
 - 1. Anzeige durch den Vorhabenträger (S. 3) — **223**
 - 2. Notwendige Unterlagen (S. 4 und 5) — **224**
 - 3. Entscheidung über die Zulassung eines Vorhabens im Anzeigeverfahren (S. 6) — **224**
 - 4. Bekanntgabe (S. 7) — **224**
- IV. Rechtswirkungen — **225**
- V. Rechtsschutz — **225**
 - 1. Rechtsschutz des Vorhabenträgers — **225**
 - 2. Rechtsschutz des Dritten — **225**

§ 43g Projektmanager — 227

- I. Allgemeines — **227**
 - 1. Überblick über die Norm — **227**
 - 2. Regelungszweck — **227**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **228**
- II. Anforderungen an und Kompetenzen des Dritten (S. 1 Nr. 1–7) — **229**
 - 1. Projektmanager — **229**
 - 2. Aufgabenübertragung — **230**
- III. Entscheidung über den Einsatz — **230**
- IV. Zeitlicher Anwendungsbereich — **231**
- V. Wirkung auf die Entscheidung über den Planfeststellungsantrag — **232**
- VI. Finanzierung — **232**

1. Kostentragung — 232
2. Auftragsvergabe — 232
3. Vertragsbeendigung — 233

§ 43h Ausbau des Hochspannungsnetzes — 234

- I. Allgemeines — 234
 1. Überblick über die Norm — 234
 2. Regelungszweck — 234
 3. Entstehungsgeschichte — 235
- II. Anwendungsbereich — 236
- III. Ausführung als Erdkabel (Hs. 1) — 236
 1. Nennspannung von 110 kV oder weniger — 237
 2. Errichtung auf einer neuen Trasse — 237
 3. Kostenfaktor — 238
 - a) Kosten für Errichtung und Betrieb — 238
 - b) Abschnittsweise Betrachtung — 239
 4. Naturschutzfachliche Belange — 240
- IV. Ausführung als Freileitung (Hs. 2) — 240
 1. Kein Entgegenstehen öffentlicher Interessen — 240
 2. Antrag des Vorhabenträgers — 242
 3. Entscheidung der Behörde — 242
- V. Rechtsschutz — 242

§ 44 Vorarbeiten — 243

- I. Allgemeines — 243
 1. Überblick über die Norm — 243
 2. Regelungszweck — 244
 3. Entstehungsgeschichte — 244
- II. Pflicht zur Duldung von Vorarbeiten (Abs. 1 S. 1) — 245
 1. Berechtigte — 245
 2. Verpflichtete — 245
 3. Gegenstand und Grenzen der Duldungspflicht — 246
 - a) Anwendungsbereich — 246
 - aa) Vorbereitung der Planung — 246
 - bb) Vorbereitung der Baudurchführung — 246
 - cc) Vorbereitung von Unterhaltungsmaßnahmen — 247
 - b) Zeitliche Begrenzung der Duldung — 247
 - c) Sachliche Begrenzung der Duldung — 247
 4. Durchsetzung durch Anordnung mittels Duldungsverfügung (Abs. 1 S. 2) — 248
- III. Informationspflicht des Berechtigten (Abs. 2) — 248
 1. Rechtscharakter — 248
 2. Adressat der Norm (Vorhabenträger) — 248
 3. Informationsempfänger — 249
 4. Einzelheiten – Anforderung an Form, Bestimmtheit und Frist — 249
- IV. Rechtsschutz — 249
- V. Entschädigung (Abs. 3) — 250
 1. Entschädigungsanspruch (Abs. 3 S. 1) — 250
 2. Weitergehende Haftung — 250
 3. Festsetzung durch Behörde (Abs. 3 S. 2) — 251
 - a) Verhandlungen — 251

- b) Antrag eines Beteiligten — **251**
- 4. Anhörung — **251**
- 5. Rechtsschutz — **251**

§ 44a Veränderungssperre, Vorkaufsrecht — 252

- I. Allgemeines — **252**
 - 1. Überblick über die Norm — **252**
 - 2. Regelungszweck — **253**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **254**
- II. Veränderungssperre (Abs. 1) — **254**
 - 1. Unzulässige Maßnahmen (Abs. 1 S. 1) — **254**
 - a) Beginn und Ende (ipso iure) — **255**
 - b) Räumlicher Geltungsbereich — **256**
 - c) Wirkungen — **256**
 - 2. Bestandsschutz (Abs. 1 S. 2) — **257**
 - 3. Unzulässige Veränderungen (Abs. 1 S. 3) — **257**
 - 4. Entschädigung (Abs. 2) — **257**
 - a) Allgemeines — **257**
 - b) Entschädigungsverpflichteter und -berechtigter — **257**
 - c) Voraussetzungen und Umfang der Entschädigung (Abs. 2 S. 1) — **258**
 - d) Vereinbarung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit (Abs. 2 S. 2) — **258**
 - e) Enteignung (Abs. 2 S. 3 und 4) — **258**
 - f) Verfahren und Rechtsschutz — **258**
- III. Vorkaufsrecht (Abs. 3) — **259**
 - a) Allgemeines — **259**
 - b) Anwendungsbereich — **259**
 - c) Ausübung und Rechtswirkung — **259**

§ 44b Vorzeitige Besitzzeiweisung — 261

- I. Allgemeines — **262**
 - 1. Überblick über die Norm — **262**
 - 2. Regelungszweck — **263**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **263**
- II. Vorzeitige Besitzzeiweisung (Abs. 1 S. 1) — **264**
 - 1. Voraussetzungen (Abs. 1 S. 1, 2, 3) — **264**
 - 2. Anspruchsinhalt — **265**
- III. Besitzzeiweisung vor Planerlass – Vorvorzeitige Einweisung (Abs. 1a) — **265**
 - 1. Parallelvorschrift in § 27 Abs. 1 NABEG — **265**
 - 2. Allgemeines — **265**
 - 3. Antrag und Anhörung — **265**
 - 4. Voraussetzungen der vorzeitigen Besitzzeiweisung — **266**
 - 5. Grundlage der vorzeitigen Besitzzeiweisung (Prognoseentscheidung, Abs. 1a S. 2) — **266**
 - 6. Aufschiebende Bedingung (Abs. 1a S. 3) — **267**
 - 7. Bestätigung durch Planfeststellungsbeschluss — **267**
 - 8. Ergänzung des Verfahrens (Abs. 1a S. 4) — **268**
 - 9. Rechtscharakter, Rechtsmittel — **268**
- IV. Benötigte Grundstücke — **268**
- V. Verfahren (Abs. 2, 3) — **268**
 - 1. Antrag — **268**

- 2. Ausgangszustand des Grundstücks (Abs. 3) — **269**
- VI. Besitzeinweisungsbeschluss (Abs. 4) — **269**
 - 1. Individuelle Bekanntgabe (Abs. 4 S. 1) — **269**
 - 2. Wirksamkeit (Abs. 4 S. 2, 3) — **269**
 - 3. Rechtswirkung — **270**
 - a) Grundstücksinhaber (Abs. 4 S. 4) — **270**
 - b) Vorhabenträger (Abs. 4 S. 5) — **270**
- VII. Entschädigung für Vermögensnachteile (Abs. 5) — **270**
 - 1. Berechtigter (Abs. 5 S. 1) — **270**
 - 2. Verpflichteter (Abs. 5 S. 1) — **270**
 - 3. Höhe (Abs. 5 S. 2) — **270**
- VIII. Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses der Plangenehmigung (Abs. 6) — **271**
 - 1. Akzessorietät (Abs. 6 S. 1) — **271**
 - 2. Entschädigung für besondere Nachteile (Abs. 6 S. 2) — **271**
- IX. Rechtsschutz (Abs. 7) — **271**
 - 1. Aufschiebende Wirkung (Abs. 7 S. 1) — **271**
 - 2. Antrag nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO (Abs. 7 S. 2) — **271**

§ 45 Enteignung — 273

- I. Allgemeines — **273**
 - 1. Überblick über die Norm — **273**
 - 2. Regelungszweck — **274**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **274**
 - 4. Art. 14 GG — **274**
 - 5. Unionsrechtliche Bezüge — **275**
- II. Zulässigkeit der Enteignung — **275**
 - 1. Materielle Zulässigkeit — **275**
 - a) Vorhaben im Sinne des § 45 Abs. 1 Nr. 1 — **275**
 - b) Vorhaben im Sinne des § 45 Abs. 1 Nr. 2 — **276**
 - c) Erforderlichkeit — **276**
 - 2. Feststellung der Zulässigkeit — **277**
 - 3. Enteignungsbegünstigte — **277**
- III. Enteignungsverfahren — **278**
- IV. Rechtsfolgen — **278**
- V. Rechtsschutz — **278**

§ 45a Entschädigungsverfahren — 280

- I. Allgemeines — **280**
 - 1. Überblick über die Norm — **280**
 - 2. Regelungszweck — **280**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **281**
- II. Verpflichtung zur Entschädigung in Geld — **281**
- III. Verfahren — **282**
 - 1. Allgemeines — **282**
 - 2. Vereinbarung — **282**
 - 3. Festsetzung durch die Behörde — **283**
 - 4. Höhe der Entschädigung — **283**
- IV. Rechtsweg (Hs. 2) — **283**

§ 45b Parallelführung von Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren — 285

- I. Allgemeines — 285
 - 1. Überblick über die Norm — 285
 - 2. Regelungszweck — 286
 - 3. Entstehungsgeschichte — 286
- II. Parallelvorschrift in § 27 Abs. 2 NABEG — 287
- III. Parallelvorschrift in § 44b Abs. 1a, § 27 Abs. 1 NABEG (vorzeitige Besitzzeiweisung) — 287
- IV. Enteignungsbeschluss vor Planerlass – Vorzeitige Enteignung (S. 1) — 287
 - 1. Allgemeines — 287
 - 2. Antrag und Anhörung — 287
 - 3. Rechtscharakter — 288
 - 4. Grundlage der vorzeitigen Enteignung (Prognoseentscheidung, S. 2) — 288
 - 5. Aufschiebende Bedingung (S. 3) — 289
 - 6. Bestätigung durch Planfeststellungsbeschluss — 289
 - 7. Ergänzung des Verfahrens (S. 4) — 290
- V. Rechtsschutz — 290

...

Teil 10

Evaluierung, Schlussvorschriften

...

§ 117b Verwaltungsvorschriften — 291

- I. Allgemeines — 291
 - 1. Überblick über die Norm — 291
 - 2. Regelungszweck — 291
 - 3. Entstehungsgeschichte — 292
- II. Anwendungsbereich, Verfahren und Inhalt — 292

...

Teil 4 NABEG

Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Grundsatz — 295

- I. Allgemeines — 295
 - 1. Überblick — 295
 - 2. Regelungszusammenhang — 296
- II. Geltungsbereich — 296
- III. Verfahrenselemente — 298
- IV. Verhältnis zum Naturschutzrecht — 298

§ 2 Anwendungsbereich, Verordnungsermächtigung — 300

- I. Allgemeines — 300
 - 1. Überblick — 300
 - 2. Zweck der Regelung und Entstehungsgeschichte — 300
- II. Zuständigkeitsverordnung — 301
- III. Zusammentreffen mehrerer Vorhaben — 303
- IV. Verhältnis zum EnLAG — 305

§ 3 Begriffsbestimmungen — 307

- I. Trassenkorridor — 307
 - 1. Energierecht — 307
 - 2. Bundesfernstraßenrecht — 308
 - 3. Raumordnungsrecht — 308
- II. Vereinigungen — 308
- III. Vorhabenträger — 309

Abschnitt 2**Bundesfachplanung****§ 4 Zweck der Bundesfachplanung — 311**

- I. Allgemeines — 311
- II. Entstehungsgeschichte — 311

§ 5 Inhalt der Bundesfachplanung — 312

- I. Allgemeines — 313
 - 1. Überblick über die Norm — 313
 - 2. Zweck und Wesen der Bundesfachplanung — 313
 - a) Funktion — 313
 - b) Prüfungsgegenstand — 314
 - c) Abschließende Entscheidung — 315
 - d) Bindungs- und Außenwirkung — 316
 - e) Einordnung in das gestufte Planungssystem — 317
 - f) Rechtsnatur — 320
 - 3. Entstehungsgeschichte — 321
- II. Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1) — 322
- III. Bestimmung des Trassenkorridors (Abs. 1 S. 1 und 4) — 323
 - 1. Prüfung entgegenstehender öffentlicher oder privater Belange — 323
 - 2. Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung — 324
 - 3. Strategische Umweltprüfung (Abs. 2) — 325
 - 4. FFH-Verträglichkeit — 325
- IV. Entscheidung über die Bundesfachplanung — 325
 - 1. Abwägungsentscheidung — 325
 - 2. Außen- und Bindungswirkung — 328
 - a) Grundsatz — 328
 - b) Unwesentliche Abweichungen — 329
 - c) Sinn und Zweck der Verbindlichkeit — 330
 - d) Fehlende Außenwirkungen — 330
 - e) Rechtsschutz — 330
 - f) Bewertung — 330
 - 3. Fehlerfolgen und Fehlerkorrektur in der Bundesfachplanung — 331
 - a) Allgemeines — 331
 - b) Öffentlichkeitsbeteiligung — 332
 - c) Inzidente Überprüfung — 332
 - d) Fehlende gesetzliche Regelungen — 332
 - e) Auswirkungen von Fehlern und Fehlerkorrektur — 333
 - aa) Vor Abschluss der Bundesfachplanung — 333
 - bb) Nach Abschluss der Bundesfachplanung — 334
 - cc) Nach Beginn der Planfeststellung — 334
 - dd) Nach Abschluss der Planfeststellung — 335

V. Zuständigkeit und Verfahren — 335

1. Zuständigkeit — 335
2. Verfahren — 335

§ 6 Antrag auf Bundesfachplanung — 337

I. Allgemeines — 337

1. Überblick über die Norm — 337
2. Regelungszweck — 338
3. Entstehungsgeschichte — 338

II. Inhalt des Antrages (S. 5 und 6) — 339

1. Allgemeines — 339
2. Notwendige Unterlagen für die Bundesfachplanung — 339
3. Gesetzliche Mindestinhalte der Unterlagen für die Bundesfachplanung (S. 6) — 340
 - a) Trassenkorridor und Alternativen (S. 6 Nr. 1) — 340
 - b) Erläuterung der Alternativen (S. 6 Nr. 2) — 340
 - c) Sonstige Unterlagen — 340
4. Unterlagen im vereinfachten Verfahren (S. 6 Nr. 3) — 340

III. Einleitung der Bundesfachplanung durch Antrag des Vorhabenträgers (S. 1) — 341

IV. Antrag auf Einleitung der Bundesfachplanung — 341

1. Notwendiger Antrag des Vorhabenträgers — 341
2. Verpflichtung zur Antragstellung (S. 2) — 342
 - a) Allgemeines — 342
 - b) Fehlende oder unvollständige Antragstellung — 342
 - c) Verantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber — 342
 - d) Verpflichtung durch Bescheid — 343
 - e) Angemessene Frist zur Antragstellung — 344
3. Benachrichtigung der zuständigen Behörde (S. 3) — 344

V. Abschnittsbildung (S. 4) — 344

VI. Rechtsschutz — 345

1. Verpflichtung zur Antragstellung — 345
2. Anspruch auf Durchführung des Bundesfachplanung — 345

§ 7 Festlegung des Untersuchungsrahmens — 346

I. Allgemeines — 347

1. Überblick über die Norm — 347
2. Regelungszweck — 348
3. Entstehungsgeschichte — 348
4. Der innovative Charakter der Regelung — 349
 - a) Fehlende Antragsbindung — 349
 - b) Einführung einer öffentlichen Antragskonferenz — 349
 - c) Das Zusammenspiel zwischen mangelnder Antragsbindung und früher Öffentlichkeitsbeteiligung — 350

II. Der Begriff des Untersuchungsrahmens — 351

1. Der Untersuchungsrahmen in der Umweltprüfung — 351
2. Der Untersuchungsrahmen in der Bundesfachplanung — 351

III. Gegenstände und Inhalte des Untersuchungsrahmens (Abs. 1 S. 1 und 2) — 352

1. Bestimmung der zu betrachtenden Trassenkorridore — 352
 - a) Die Trassenkorridore als Bezugsgegenstände des Untersuchungsrahmens — 352
 - b) Kriterien zur Bestimmung der verfahrensrelevanten Trassenkorridore — 353

- c) Konsequenzen für die Verfahrensstruktur und die Rollenverteilung der Beteiligten — **356**
- d) Untersuchungs- und Darstellungstiefe bei der Planung von Korridoralternativen — **358**
- e) Alternative Erdkabel — **360**
- 2. Belange der Raumordnung — **361**
 - a) Bedeutung der Raumverträglichkeit — **361**
 - b) Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung (Abs. 1 S. 3) — **362**
 - c) Abstimmung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen (§ 5 Abs. 1 S. 3 Hs. 2) — **364**
- 3. Umweltbelange — **365**
 - a) Bedeutung der Umweltverträglichkeit — **365**
 - b) Der Untersuchungsrahmen der Strategischen Umweltprüfung — **366**
 - c) Der Untersuchungsrahmen der Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung — **374**
 - d) Der Untersuchungsrahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung — **376**
- 4. Private Belange — **377**
- 5. Weitere Gegenstände des Untersuchungsrahmens und der Antragskonferenz — **378**
- IV. Die Antragskonferenz (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) — **379**
 - 1. Bedeutung der Antragskonferenz — **379**
 - a) Wesentliche Merkmale — **379**
 - b) Ziele — **380**
 - 2. Teilnehmer der Antragskonferenz (Abs. 2 S. 1 und 3) — **382**
 - a) Individuell zu benachrichtigende Teilnehmer (S. 1) — **382**
 - b) Mitglieder der Öffentlichkeit (S. 3) — **384**
 - 3. Vorbereitung, Organisation und Durchführung — **385**
 - a) Gestaltungsspielraum der BNetzA — **385**
 - b) Individuelle Ladung und Unterrichtung der Öffentlichkeit — **385**
 - c) Inhaltliche Vorbereitung und Nachbereitung — **387**
 - d) Organisation und praktische Durchführung — **388**
- V. Alternativvorschläge der Länder und anderer Beteiligter (Abs. 3) — **389**
- VI. Die Festlegung des Untersuchungsrahmens (Abs. 4 und 5) — **390**
- VII. Geheimhaltung und Datenschutz (Abs. 6) — **391**

§ 8 Unterlagen — 393

- I. Allgemeines — **393**
 - 1. Überblick über die Norm — **393**
 - 2. Regelungszweck — **393**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **394**
- II. Verpflichtung des Vorhabenträgers zur Vorlage der Unterlagen (S. 1 und 2) — **394**
 - 1. Ausgestaltung als Rechtspflicht — **394**
 - 2. Abgrenzung von der Antragstellung nach § 6 — **395**
 - 3. Bezugsgegenstände der Unterlagen — **396**
 - 4. Verweis auf Vorschriften des UVPG zum Umweltbericht (S. 2) — **397**
 - a) Entsprechende Anwendung des §14g Abs. 3 UVPG — **397**
 - b) Entsprechende Anwendung des § 14g Abs. 4 UVPG — **397**
- III. Schutz von personenbezogenen Daten und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (S. 3 bis 5) — **398**
 - 1. Regelungsbedarf und Regelungsstruktur — **398**

2. Schutz personenbezogener Daten (S. 4) — **399**
3. Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen (S. 3 und 5) — **400**
 - a) Verfahren — **400**
 - b) Materielle Voraussetzungen — **402**
- IV. Vollständigkeitsprüfung (S. 6) — **402**
 1. Bedeutung der Vollständigkeitsprüfung — **402**
 2. Verfahren — **403**

§ 9 Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung — 405

- I. Allgemeines — **406**
 1. Überblick über die Norm — **406**
 2. Regelungszweck — **406**
 3. Entstehungsgeschichte — **407**
- II. Behördenbeteiligung (Abs. 1 und Abs. 2) — **407**
 1. Allgemeines — **407**
 2. Versand und Inhalt der Unterlagen — **408**
 - a) Behörden und Träger öffentlicher Belange — **408**
 - b) Anerkannte Naturschutzverbände — **409**
 3. Stellungnahmen der Behörden (Abs. 2) — **409**
 - a) Aufforderung zur Stellungnahme — **409**
 - b) Fristsetzung — **410**
 - c) Präklusion — **410**
- III. Öffentlichkeitsbeteiligung (Abs. 3 bis Abs. 6) — **411**
 1. Bekanntmachung — **411**
 2. Veröffentlichung der Unterlagen im Internet (Abs. 4) — **412**
 3. Auslegung — **412**
 4. Inhalt der Auslegung — **413**
 5. Beginn und Dauer der Auslegung — **413**
- IV. Geheimhaltung und Datenschutz (Abs. 5) — **413**
 1. Geschäfts- bzw. Betriebsgeheimnisse — **413**
 2. Datenschutz — **414**
- V. Einwendungen (Abs. 6) — **415**
- VI. Vereinfachtes Verfahren (Abs. 7) — **416**

§ 10 Erörterungstermin — 417

- I. Allgemeines — **417**
 1. Überblick über die Norm — **417**
 2. Regelungszweck — **417**
 3. Entstehungsgeschichte — **418**
- II. Grundsatz, obligatorischer Erörterungstermin — **418**
- III. Erörterungstermin — **418**
 1. Erörterung — **418**
 2. Ablauf — **419**
- IV. Befangenheit — **420**
- V. Einwendungen — **421**
- VI. Ausnahmen — **421**
 1. Keine oder keine rechtzeitige Einwendung — **421**
 2. Rücknahme einer Einwendung — **422**
 3. Privatrechtliche Titel — **422**
 4. Verzicht auf einen Erörterungstermin — **423**

§ 11 Vereinfachtes Verfahren — 424

- I. Allgemeines — 425
 - 1. Überblick über die Norm — 425
 - 2. Regelungszweck — 425
 - 3. Entstehungsgeschichte — 426
- II. Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1) — 426
 - 1. Kein Erfordernis einer Strategischen Umweltprüfung — 427
 - 2. Bündelung mit einer bestehenden Trasse — 428
 - a) Ersetzung oder Ausbau einer Bestandsleitung in der Trasse einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) — 428
 - aa) Trasse — 428
 - bb) Ersetzung — 429
 - cc) Ausbau — 429
 - b) Errichtung unmittelbar neben einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) — 429
 - c) Verlauf innerhalb eines ausgewiesenen Trassenkorridors (Abs. 1 S. 1 Nr. 3) — 430
 - 3. Abschnittsbildung im vereinfachten Verfahren (Abs. 1 S. 2) — 431
- III. Materiell-rechtliche Prüfung im vereinfachten Verfahren (Abs. 2) — 431
- IV. Herstellen des Benehmens mit den zuständigen Landesbehörden (Abs. 2) — 432
 - 1. Benehmen — 432
 - 2. Zuständigkeit der Landesbehörden — 433
- V. Durchführung des vereinfachten Verfahrens (Abs. 3) — 433
 - 1. Einleitung des Verfahrens — 433
 - 2. Entscheidung über das vereinfachte Verfahren — 433
 - 3. Durchführung einer Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung — 434
 - 4. Verfahrensfristen — 434
 - a) Frist nach Abs. 3 S. 1 — 434
 - b) Frist nach Abs. 3 S. 2 — 434
- VI. Rechtsschutz — 434
 - 1. Entscheidung über die Raumverträglichkeit — 434
 - 2. Entscheidung über das vereinfachte Verfahren — 435

§ 12 Abschluss der Bundesfachplanung — 436

- I. Allgemeines — 437
 - 1. Überblick über die Norm — 437
 - 2. Regelungszweck — 437
 - 3. Entstehungsgeschichte — 438
- II. Entscheidung über die Bundesfachplanung (Abs. 2) — 438
 - 1. Verlauf des Trassenkorridors (Abs. 2 S. 1 Nr. 1) — 438
 - a) Allgemeines — 438
 - b) Prüfung entgegenstehender öffentlicher oder privater Belange — 439
 - c) Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung — 439
 - aa) Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung — 440
 - bb) Prüfung der Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Raumordnung — 441
 - cc) Prüfung der Übereinstimmung mit den sonstigen Erfordernissen der Raumordnung — 442
 - dd) Trassenkorridor — 442
 - 2. Umweltauswirkungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 2) — 443
 - 3. FFH-Recht — 444

- 4. Artenschutzrecht — 444
- III. Prüfung alternativer Trassenkorridore (Abs. 2 S. 1 Nr. 3) — 444
- IV. Abschnittsbildung — 445
 - 1. Abschnittsbildung auf Antrag des Vorhabenträgers — 446
 - 2. Abschnittsbildung von Amts wegen — 446
 - 3. Rechtfertigung der Trassenabschnitte — 447
 - 4. Vorläufige positive Gesamtprognose — 447
- V. Begründung der Entscheidung (Abs. 2 S. 2) — 447
- VI. Entscheidungsfrist (Abs. 1) — 448
- VII. Entscheidung im vereinfachten Verfahren (Abs. 3) — 449
- VIII. Verpflichtung zum Antrag auf Planfeststellung (Abs. 2 S. 3, 4) — 449

§ 13 Bekanntgabe und Veröffentlichung der Entscheidung — 451

- I. Allgemeines — 451
 - 1. Überblick — 451
 - 2. Zweck der Regelung — 451
- II. Bekanntgabe an Beteiligte — 452
- III. Gegenstand der Übermittlung — 453
- IV. Form der Übermittlung — 453
- V. Frist der Übermittlung — 453
- VI. Veröffentlichung — 454
 - 1. Überblick — 454
 - 2. Fristberechnung — 454
 - 3. Internetveröffentlichung — 454
 - 4. Ankündigung der Veröffentlichung — 454
 - 5. Geheimnisschutz und Datenschutz — 454

§ 14 Einwendungen der Länder — 456

- I. Allgemeines — 456
 - 1. Überblick — 456
 - 2. Zweck der Regelung — 456
- II. Betroffenheit — 457
- III. Verfahren — 457
- IV. Rechtswirkungen — 457

§ 15 Bindungswirkung der Bundesfachplanung — 459

- I. Allgemeines — 459
 - 1. Überblick über die Norm — 459
 - 2. Regelungszweck — 460
 - 3. Entstehungsgeschichte — 460
- II. Verhältnis der Bundesfachplanung zur nachfolgenden Planfeststellung (Abs. 1 S. 1, Abs. 3 S. 1) — 461
 - 1. Bedeutung der Verbindlichkeit der Entscheidung — 461
 - 2. Absolute oder eingeschränkte Verbindlichkeit? — 462
 - 3. Keine unmittelbare Außen- und Gestattungswirkung (Abs. 3 S. 1) — 465
- III. Vorrang der Bundesfachplanung vor Landesplanungen (Abs. 1 S. 2) — 466
 - 1. Überblick — 466
 - 2. Vorrang vor landesplanerischen Zielen der Raumordnung — 466
 - 3. Vorrang nur bei nachfolgenden Raumordnungsplänen der Länder? — 468
 - 4. Das Merkmal „grundsätzlich“ — 468

- IV. Rechtsbehelfe (Abs. 3 S. 2) — **469**
 - 1. Gerichtliche Inzidenzkontrolle — **469**
 - 2. Vorverlagerung des Rechtsschutzes? — **470**
 - 3. Planerhaltung — **471**
- V. Geltungsdauer der Entscheidung (Abs. 2) — **473**
 - 1. Bedeutung und Bestimmung der Geltungsdauer (S. 1) — **473**
 - 2. Verlängerung der Frist (S. 2 und 3) — **474**

§ 16 Veränderungssperren — 475

- I. Allgemeines — **475**
 - 1. Überblick über die Norm — **475**
 - 2. Regelungszweck — **476**
 - 3. Entstehungsgeschichte — **477**
- II. Inhalt einer Veränderungssperre — **477**
- III. Handlungsform der Veränderungssperre — **478**
- IV. Voraussetzungen für den Erlass einer Änderungssperre (Abs. 1 S. 1) — **479**
 - 1. Anordnung, Antrag — **479**
 - 2. Abschluss der Bundesfachplanung — **480**
 - 3. Feststellung des vordringlichen Bedarfs — **480**
- V. Geltungsbereich — **481**
 - 1. Räumlicher Geltungsbereich — **481**
 - 2. Zeitlicher Geltungsbereich (Abs. 1 S. 3 und S. 4) — **481**
 - 3. Wirkungen — **482**
 - 4. Sonstige Rechtsfolgen — **483**
 - 5. Entschädigungsregelungen — **483**
 - 6. Aufhebung der Veränderungssperre (Abs. 2) — **484**
 - a) Anderweitige Verwirklichung des Vorhabens (Abs. 2 S. 1 Alt. 1) — **484**
 - b) Aufgabe des Vorhabens (Abs. 2 S. 1 Alt. 2) — **484**
 - c) Entgegenstehen von Belangen Betroffener (Abs. 2 S. 2) — **485**
 - 7. Ausnahmen Einzelgenehmigung — **485**
- VI. Rechtsschutz — **486**
 - 1. Rechtsschutz des Vorhabenträgers — **486**
 - a) Verpflichtung zum Erlass einer Veränderungssperre — **486**
 - b) Anspruch auf Verlängerung der Befristung der Veränderungssperre — **486**
 - 2. Rechtsschutz betroffener Dritter — **486**
 - 3. Rechtsschutz der betroffenen Gemeinden — **486**

§ 17 Bundesnetzplan — 487

Abschnitt 3

Planfeststellung

§ 18 Erfordernis einer Planfeststellung — 488

- I. Allgemeines — **489**
 - 1. Überblick über die Norm — **489**
 - 2. Regelungszweck — **489**
 - 3. Anwendbare Rechtsvorschriften — **490**
 - 4. Verhältnis zum EnLAG — **490**
 - 5. Entstehungsgeschichte — **490**

- a) Allgemeines — **490**
 - b) Beschleunigungsgesetzgebung — **491**
- II. Erfordernis der Planfeststellung (Abs. 1) — **492**
 - 1. Planfeststellungsfähige Vorhaben — **492**
 - 2. Errichtung von Leitungen — **492**
 - 3. Betrieb von Leitungen — **493**
 - 4. Änderung von Leitungen — **493**
 - 5. Integration der Nebenanlagen (Abs. 2) — **494**
- III. Materiell-rechtliche Anforderungen — **495**
 - 1. Planrechtfertigung — **495**
 - a) Grundsätze — **495**
 - b) Planrechtfertigung bei gesetzlicher Bedarfsplanung — **496**
 - 2. Beachtung zwingenden Rechts — **496**
 - a) Bindungswirkung der Bundesfachplanung — **496**
 - b) Umweltverträglichkeitsprüfung — **497**
 - aa) Allgemeines — **497**
 - bb) UVP-Pflicht — **497**
 - cc) Verfahren — **498**
 - dd) Variantenprüfung — **498**
 - c) Naturschutzrecht — **498**
 - aa) Europäischer Gebietschutz – FFH-Gebiete — **499**
 - (1) Schutzsystematik des europäischen Gebietsschutzes — **499**
 - (2) Vorprüfung — **500**
 - (3) FFH-Verträglichkeitsprüfung — **500**
 - (4) Abweichungsverfahren — **502**
 - bb) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses — **502**
 - cc) Alternativenprüfung — **503**
 - dd) Kohärenzmaßnahmen — **504**
 - ee) Vermeidungsmaßnahmen, CEF-Maßnahmen — **505**
 - (1) Vogelschutz — **505**
 - (2) Artenschutz — **505**
 - ff) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen — **505**
 - (1) Allgemein — **505**
 - (2) Ersatzgeld — **506**
 - d) Immissionsschutzrecht — **506**
 - aa) Elektromagnetische Felder — **507**
 - bb) TA Lärm — **507**
 - 3. Abschnittsbildung — **508**
 - a) Rechtfertigung der Bildung von Trassenabschnitten — **508**
 - b) Vorläufige positive Gesamtprognose — **509**
 - c) Antrag — **510**
 - d) Planrechtfertigung — **510**
 - e) Rechtsschutz — **511**
 - 4. Abwägungsentscheidung (S. 3) — **511**
 - a) Allgemeines — **511**
 - b) Alternativenprüfung — **512**
 - c) Alternativenprüfung nach FFH und Artenschutz — **514**
- IV. Rechtswirkungen — **516**
 - 1. Genehmigungswirkung — **516**
 - 2. Konzentrationswirkung — **516**

- 3. Gestaltungswirkung — 517
- 4. Ausschluss- und Duldungswirkungen — 518
- 5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung — 518
- V. Rechtsschutz — 518
 - 1. Rechtsschutz des Vorhabenträgers — 518
 - 2. Rechtsschutz Dritter — 519

§ 19 Antrag auf Planfeststellungsbeschluss — 520

- I. Allgemeines — 520
 - 1. Überblick über die Norm — 520
 - 2. Regelungszweck — 520
 - 3. Entstehungsgeschichte — 521
- II. Inhalt des Antrags — 521
 - 1. Allgemeines (S. 3) — 521
 - 2. Notwendige Unterlagen für die Einleitung der Planfeststellung — 522
 - 3. Gesetzliche Mindestinhalte der Unterlagen für die Bundesfachplanung (S. 3) — 522
 - a) Verlauf der Trassen und Alternativen (S. 4 Nr. 1) — 522
 - b) Erläuterung der Alternativen (S. 4 Nr. 2) — 523
 - c) Sonstige Unterlagen — 523
 - 4. Vereinfachtes Verfahren (S. 4 Nr. 3) — 523
- III. Abschnittsbildung (S. 2) — 523

§ 20 Antragskonferenz, Festlegung des Untersuchungsrahmens — 525

- I. Allgemeines — 526
 - 1. Überblick über die Norm — 526
 - 2. Regelungszweck — 526
 - 3. Entstehungsgeschichte — 527
- II. Der Untersuchungsrahmen der Planfeststellung (Abs. 1 S. 2) — 527
 - 1. Das Themenspektrum des Untersuchungsrahmens — 527
 - 2. Unterschiede zum Untersuchungsrahmen der Bundesfachplanung — 528
 - a) Bindung an den Trassenvorschlag des Vorhabenträgers — 528
 - b) Keine Raumverträglichkeitsprüfung — 529
 - c) Abschichtung vom Prüfprogramm der Bundesfachplanung — 529
 - 3. Umweltbelange — 530
 - a) Bedeutung der Umweltbelange in der Planfeststellung — 530
 - b) Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) — 531
 - c) Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung — 532
 - d) Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung — 534
 - 4. Sonstige für die Planfeststellung erhebliche Fragen (Abs. 1 S. 2 Hs. 2) — 535
- III. Die Antragskonferenz (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) — 536
 - 1. Bedeutung der Antragskonferenz — 536
 - a) Wesentliche Merkmale — 536
 - b) Ziele — 536
 - 2. Teilnehmerkreis (Abs. 2 S. 1 und 3) — 538
 - a) Struktur der Regelung — 538
 - b) Individuell zu benachrichtigende Teilnehmer (S. 1) — 538
 - c) Mitglieder der Öffentlichkeit (S. 3) — 539
 - 3. Vorbereitung, Organisation und Durchführung — 540
 - a) Gestaltungsspielraum der Planfeststellungsbehörde — 540
 - b) Individuelle Ladung und Unterrichtung der Öffentlichkeit — 540

- c) Inhaltliche Vorbereitung und Nachbereitung — 542
- d) Organisation und praktische Durchführung — 542
- IV. Die Festlegung des Untersuchungsrahmens (Abs. 3) — 543
- V. Geheimhaltung und Datenschutz (Abs. 4) — 545

§ 21 Einreichung des Plans und der Unterlagen — 546

- I. Allgemeines — 546
 - 1. Überblick über die Norm — 546
 - 2. Regelungszweck — 547
 - 3. Entstehungsgeschichte — 548
- II. Einreichung von Plan und Unterlagen (Abs. 1) — 548
 - 1. Zuständige Behörde — 548
 - 2. Adressaten — 548
 - 3. Inhalt und Umfang (Abs. 2) — 549
 - 4. Gutachten (Abs. 3) — 549
 - 5. Bindung an die Bundesfachplanung — 551
- III. Datenschutz und Geheimhaltung — 551
- IV. Bezugnahme auf Unterlagen der Bundesfachplanung (Abs. 4) — 552
 - 1. Allgemein — 552
 - 2. Sonderfall: FFH-Verträglichkeit — 553
- V. Obligatorische Eingangsprüfung (Abs. 5) — 553
 - 1. Frist (Abs. 5 S. 1) — 554
 - 2. Umfang (Abs. 5 S. 2) — 554
 - 3. Folgen der Unvollständigkeit (Abs. 5 S. 3) — 554
 - a) Allgemein — 554
 - b) Rechtscharakter der Anordnung – Verwaltungsakt — 555
 - c) Rechtsmittel — 556
 - 4. Abschluss der Prüfung (Abs. 5 S. 4) — 556

§ 22 Anhörungsverfahren — 557

- I. Allgemeines — 558
 - 1. Überblick über die Norm — 558
 - 2. Regelungszweck — 558
 - 3. Entstehungsgeschichte — 559
- II. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange — 559
 - 1. Beteiligung von Behörden und Trägern öffentlicher Belange — 559
 - 2. Inhalt der Unterlagen — 560
 - 3. Fristsetzung — 560
 - 4. Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange — 561
- III. Öffentlichkeitsbeteiligung — 562
 - 1. Bekanntmachung — 562
 - 2. Auslegung, Internet — 562
- IV. Geheimhaltung und Datenschutz (Abs. 5) — 563
 - 1. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse — 563
 - 2. Datenschutz — 564
- V. Einwendungen (Abs. 6) — 565
- VI. Erörterungstermin (Abs. 7) — 566
 - 1. Erörterung — 566
 - 2. Ablauf — 567
- VII. Unwesentliche Änderungen (Abs. 8) — 567

§ 23 Umweltverträglichkeitsprüfung — 568

- I. Allgemeines — 568
 - 1. Überblick über die Norm — 568
 - 2. Regelungszweck — 568
 - 3. Entstehungsgeschichte — 569
- II. Prüfprogramm der UVP — 569
 - 1. Abschichtung von der vorlaufenden SUP — 569
 - 2. Festlegung des Prüfprogramms der UVP — 570
 - 3. Gesamtbewertung aller Umweltauswirkungen (§ 2 Abs. 1 S. 4 UVPG) — 571
- III. Anwendung auf andere Prüfmaterien — 572

§ 24 Planfeststellungsbeschluss — 573

- I. Allgemeines — 573
 - 1. Überblick über die Norm — 573
 - 2. Regelungszweck — 573
 - 3. Anwendung von § 43b EnWG und § 74 VwVfG — 574
 - 4. Entstehungsgeschichte — 574
- II. Planfeststellungsbeschluss (Abs. 1) — 575
- III. Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses (Abs. 2) — 575
- IV. Bekanntmachung des Planfeststellungsbeschlusses (Abs. 3) — 576
 - 1. Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses (Abs. 3 S. 1) — 576
 - 2. Bekanntmachung der Auslegung (Abs. 3 S. 2) — 576
 - 3. Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses im Internet (Abs. 3 S. 3, 4) — 577
- V. Geheimhaltung und Datenschutz (Abs. 4) — 577

§ 25 Unwesentliche Änderungen — 578

- I. Allgemeines — 578
 - 1. Überblick über die Norm — 578
 - 2. Regelungszweck — 579
 - 3. Entstehungsgeschichte — 580
 - 4. Unionsrechtliche Bezüge — 580
 - 5. Anwendungsausschluss von § 74 Abs. 7 VwVfG — 580
- II. Unwesentliche Änderung oder Erweiterung (S. 2) — 582
 - 1. Keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (S. 2 Nr. 1) — 582
 - 2. Keine Berührung öffentlicher Belange (S. 2 Nr. 2) — 583
 - 3. Keine Beeinträchtigung der Rechte anderer (S. 2 Nr. 3) — 584
- III. Durchführung des Anzeigeverfahrens (S. 3–5) — 585
 - 1. Anzeige durch den Vorhabenträger (S. 3) — 585
 - 2. Notwendige Unterlagen (S. 4 und 5) — 586
 - 3. Entscheidung über die Zulassung eines Vorhabens im Anzeigeverfahren (S. 6) — 586
 - 4. Bekanntgabe (S. 7) — 586
- IV. Rechtswirkungen — 587
- V. Rechtsschutz — 587
 - 1. Rechtsschutz des Vorhabenträgers — 587
 - 2. Rechtsschutz des Dritten — 588

§ 26 Zusammentreffen mehrerer Vorhaben — 589

- I. Allgemeines — 589
 - 1. Überblick — 589
 - 2. Zweck der Regelung — 590
- II. Abgrenzung zu § 78 VwVfG — 590
- III. Verfassungsmäßigkeit — 592
- IV. Gemeinsames Verfahren — 592
 - 1. Zusammentreffen — 592
 - 2. Antragserfordernis — 593
 - 3. Anwendbares Recht — 593
- V. Zuständigkeit — 593
- VI. Rechtsschutz — 594

§ 27 Vorzeitige Besitzeinweisung und Enteignungsverfahren — 595

- I. Allgemeines — 595
 - 1. Überblick über die Norm — 595
 - 2. Regelungszweck — 596
 - 3. Entstehungsgeschichte — 597
- II. Besitzeinweisungsbeschluss vor Planerlass – Vorvorzeitige Einweisung (Abs. 1) — 597
 - 1. Allgemeines — 597
 - 2. Antrag und Anhörung — 598
 - 3. Parallelvorschrift § 44b (vorzeitige Besitzeinweisung) — 599
 - 4. Rechtscharakter, Rechtsmittel — 599
 - 5. Grundlage der vorzeitigen Besitzeinweisung (Prognoseentscheidung, Abs. 1 S. 2) — 600
 - 6. Aufschiebende Bedingung (Abs. 1 S. 3) — 600
 - 7. Bestätigung durch Planfeststellungsbeschluss — 601
 - 8. Ergänzung des Verfahrens (Abs. 1 S. 4) — 601
- III. Enteignungsbeschluss vor Planerlass – Vorzeitige Enteignung (Abs. 2) — 601
 - 1. Allgemeines — 601
 - 2. Antrag und Anhörung — 602
 - 3. Parallelvorschrift § 45b (vorzeitige Enteignung) — 602
 - 4. Rechtscharakter, Rechtsmittel — 603
 - 5. Grundlage der vorzeitigen Enteignung (Prognoseentscheidung, Abs. 2 S. 2) — 603
 - 6. Aufschiebende Bedingung (Abs. 2 S. 3) — 603
 - 7. Bestätigung durch Planfeststellungsbeschluss — 604
 - 8. Ergänzung des Verfahrens (Abs. 2 S. 4) — 604
- IV. Rechtsschutz — 604

§ 28 Durchführung eines Raumordnungsverfahrens — 606

- I. Allgemeines — 606
 - 1. Überblick über die Norm — 606
 - 2. Regelungszweck — 606
 - 3. Entstehungsgeschichte — 607
- II. Keine Durchführung eines Raumordnungsverfahrens — 607
 - 1. Durchführung eines Raumordnungsverfahrens — 607
 - 2. Keine Durchführung eines Raumordnungsverfahrens (S. 1) — 608
 - 3. Ablauf der Geltungsdauer der Bundesfachplanung (S. 2) — 608

Abschnitt 4**Gemeinsame Vorschriften****§ 29 Projektmanager — 609**

- I. Allgemeines — 609
 - 1. Überblick über die Norm — 609
 - 2. Regelungszweck — 609
 - 3. Entstehungsgeschichte — 610
- II. Anforderungen an den Dritten und Kompetenzen des Dritten (S. 1 Nr. 1–7) — 611
 - 1. Projektmanager — 611
 - 2. Aufgabenübertragung — 612
- III. Entscheidung über den Einsatz — 613
- IV. Anwendungsbereich — 613
- V. Wirkung auf die Entscheidung über die Bundesfachplanung und Planfeststellung — 614
- VI. Finanzierung — 614
 - 1. Kostentragung — 614
 - 2. Auftragsvergabe — 615
 - 3. Vertragsbeendigung — 615

§ 30 Kostenpflichtige Amtshandlungen — 617

- I. Allgemeines — 618
- II. Kostenbegriff — 619
- III. Kostenpflichtige Amtshandlungen — 619
 - 1. Entscheidungen — 619
 - 2. Antragsrücknahme — 620
 - 3. Ablehnung — 620
- IV. Festsetzungsverfahren — 620
 - 1. Gebührenhöhe — 620
 - a) Bundesfachplanung — 620
 - b) Planfeststellung — 621
 - 2. Kostenteilentscheidungen — 621
 - 3. Ermäßigung aus Billigkeitsgründen — 621
 - 4. Kostenschuldner — 622
 - 5. Fälligkeit — 622
 - 6. Verjährung — 622
- V. Rechtsschutz — 623

Abschnitt 5**Behörden und Gremien****§ 31 Zuständige Behörde — 624**

- I. Allgemeines — 624
 - 1. Überblick — 624
 - 2. Entstehungsgeschichte — 624
- II. Verfassungsmäßigkeit — 625
- III. Die Bundesnetzagentur — 625
- IV. Zuständigkeit für die Planfeststellung (Abs. 2) — 627
- V. Berichtspflichten — 628

§ 32 Bundesfachplanungsbeirat — 629

- I. Allgemeines — 629
 - 1. Überblick — 629

- 2. Entstehungsgeschichte — **630**
- II. Zusammensetzung — **630**
- III. Aufgaben — **631**
- IV. Formalia — **632**
- V. Geschäftsordnung — **632**

Abschnitt 6

Sanktions- und Schlussvorschriften

§ 33 Bußgeldvorschriften — 636

- I. Allgemeines — **636**
 - 1. Überblick — **636**
 - 2. Zweck der Vorschrift — **636**
- II. Tatbestände — **637**
 - 1. Nr. 1 Wer im Rahmen der vollständigen Antragstellung zur Bundesfachplanung nach § 8 eine unrichtige Unterlage vorlegt — **637**
 - 2. Nr. 2 Wer ohne Planfeststellung eine Leitung errichtet, betreibt oder ändert — **637**
 - 3. Nr. 3 Wer im Rahmen der Antragstellung zur Planfeststellung nach § 21 Abs. 1 eine unrichtige Unterlage vorlegt — **638**
 - 4. Nr. 4 Wer ohne Anzeige nach § 25 S. 6 eine unwesentliche Änderung oder Erweiterung vornimmt — **638**
- III. Höhe der Geldbuße — **638**
- IV. Zuständige Behörde — **638**

§ 34 Zwangsgeld — 639

- I. Entstehungsgeschichte — **639**
- II. Überblick zum Verfahren — **639**
- III. Durchsetzung der Antragstellung im Verfahren — **640**
- IV. Rechtsschutz — **641**

§ 35 Übergangsvorschriften — 642

- I. Allgemeines — **642**
 - 1. Überblick — **642**
 - 2. Entstehungsgeschichte — **642**
- II. Raumordnung und Bundesfachplanung — **642**
- III. Planfeststellung nach EnWG und nach NABEG — **643**
- IV. Planfeststellung nach NABEG ohne Raumordnung und Bundesfachplanung — **644**

Stichwortverzeichnis — **645**

Literaturverzeichnis

- Arndt, Hans-Wolfgang/Fetzer, Thomas/Scherer, Joachim*, Telekommunikationsgesetz, Berlin 2008
(zit.: Arndt/Fetzer/Thomas/Bearbeiter)
- Bader, Johann/Ronellenfitsch, Michael*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 5. Aufl., München 2009
(zit.: Bader/Ronellenfitsch/Bearbeiter)
- Battis, Ulrich*, Öffentliches Baurecht und Raumordnungsrecht, 5. Aufl., Stuttgart 2006 (zit.: *Battis*)
- Battis, Ulrich/Krautzberger, Michael/Löhr, Rolf-Peter*, Baugesetzbuch, Kommentar, 11. Aufl., München 2009
(zit.: Battis/Krautzberger/Löhr/Bearbeiter)
- Baur, Jürgen/Salje, Peter/Schmidt-Preuß, Matthias*, Regulierung in der Energiewirtschaft, Köln 2011
(zit.: Baur/Salje/Schmidt-Preuß/Bearbeiter)
- Bechtold, Rainer*, Kartellgesetz – Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, 6. Aufl., München 2010
(zit.: Bechtold/Bearbeiter)
- Bielenberg, Walter/Runkel, Peter/Spannowsky, Willy*, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, Loseblatt-Kommentar, Berlin, Stand 2012 (zit.: Bielenberg/Runkel/Spannowsky/Bearbeiter)
- Borchard, Klaus*, ARL Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover 2011 (zit.: *Borchard*)
- Britz, Gabriele/Hellermann, Johannes/Hermes, Georg*, EnWG, Kommentar, 2. Aufl., München 2010
(zit.: Britz/Hellermann/Hermes/Bearbeiter)
- Büdenbender, Ulrich*, EnWG, Kommentar, Köln 2003 (zit.: *Büdenbender*)
- Büdenbender, Ulrich/Heintschel von Heinegg, Wolff/Rosin, Peter*, Energierecht, Bd. 1, Recht der Energieanlagen, Berlin 1999 (zit.: *Büdenbender/von Heinegg/Rosin*)
- Bunge, Thomas*, Handbuch der Umweltverträglichkeitsprüfung, Stand: 2012, Berlin (zit.: *Bunge*)
- Danner, Wolfgang/Theobald, Christian*, Energierecht, Loseblatt-Kommentar, München, Stand 72. EGL August 2011 (zit.: Danner/Theobald/Bearbeiter)
- Dausen, Manfred*, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, Loseblatt-Kommentar, 30. Aufl., München 2012
(zit.: Dausen/Bearbeiter)
- de Witt, Siegfried/Durinke, Peter/Kause, Harriet*, Die Planung der Übertragungsnetze: Bedingung der Energiewende, Berlin 2012 (zit.: *de Witt/Durinke/Kause*)
- Dolzer, Rudolf/Graßhof, Karin/Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian*, Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar, Stand: Juni 2012, Heidelberg 2012 (zit.: BonnK-GG/Bearbeiter)
- Dreier, Horst*, Grundgesetz, Kommentar, 2. Aufl., Tübingen 2006 (zit.: *Dreier/Bearbeiter*)
- Ehricke, Ulrich*, Energierecht im Wandel, Baden-Baden 2010 (zit.: *Ehricke/Bearbeiter*)
- Erbguth, Wilfried*, Strategische Umweltprüfung (SUP), Baden-Baden 2006 (zit.: *Erbguth/Bearbeiter*)
- Erbs, Georg/Kohlhaas, Max*, Strafrechtliche Nebengesetze, Loseblatt-Kommentar, 189. Aufl., München 2012
(zit.: Erbs/Kohlhaas/Bearbeiter)
- Erichsen, Hans-Uwe*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Berlin 2009 (zit.: *Erichsen/Bearbeiter*)
- Ernst, Werner/Zinkahn, Willy/Bielenberg, Walter/Krautzberger, Michael*, BauGB, Loseblatt-Kommentar, 104. Aufl., München 2012 (zit.: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Bearbeiter)
- Finkelnburg, Klaus/Ortloff, Karsten-Michael/Kment, Martin*, Öffentliches Baurecht Band I, Bauplanungsrecht, 6. Aufl., München 2011 (zit.: *Finkelnburg/Ortloff/Kment*)
- Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen*, EEG, Kommentar, 2. Aufl., Berlin 2011 (zit.: *Frenz/Müggenborg/Bearbeiter*)
- Führ, Martin/Bizer, Kilian/Dopfer, Jaqui/Schlagbauer, Susanne u.a.*, Evaluation des UVP-Gesetzes des Bundes, Darmstadt/Göttingen/Kassel 2008 (zit.: *Führ u.a.*)
- Gassner, Erich*, UVP, Kommentar, Heidelberg 2006 (zit.: *Gassner/Bearbeiter*)
- Giesberts, Ludger/Reinhardt, Michael*, Beck'scher Online-Kommentar Umweltrecht, München 2007
(zit.: Giesberts/Reinhardt/Bearbeiter)
- Gola, Peter/Schomerus, Rudolf*, BDSG Bundesdatenschutzgesetz, Kommentar, 10. Aufl., München 2010
(zit.: *Gola/Schomerus*)
- Hendler, Reinhard/Marburger, Peter/Reinhardt, Michael*, Die strategische Umweltprüfung (sog. Plan-UVP) als neues Instrument des Umweltrechts, Berlin 2004 (zit.: Hendler/Marburger/Reinhardt/Bearbeiter)
- Hermes, Georg*, Staatliche Infrastrukturverantwortung, Tübingen 1998 (zit.: *Hermes*)
- Hermes, Georg/Sellner, Dieter*, Beck'scher AEG-Kommentar, München 2006 (Hermes/Sellner/Bearbeiter)

- Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard*, Konfliktbewältigung durch Verhandlungen: Konfliktmittlung im Verwaltungsverfahren, Baden-Baden 1990 (zit.: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Bearbeiter)
- Hoppe, Werner/Beckmann, Martin*, UVPg, Kommentar, 4. Aufl., Köln 2012 (zit.: Hoppe/Beckmann/Bearbeiter)
- Hoppe, Werner/Bönker, Christian/Grotefels, Susan*, Öffentliches Baurecht, 4. Aufl., München 2010 (zit.: Hoppe/Bönker/Grotefels)
- Hoppe, Werner/Schlarmann, Hans/Buchner, Reimar*, Rechtsschutz bei der Planung von Straßen und anderen Verkehrsanlagen, 3. Aufl., München 2001 (zit.: Hoppe/Schlarmann/Buchner)
- Hoppe, Werner/Schlarmann, Hans/Buchner, Reimar/Deutsch, Markus*, Rechtsschutz bei der Planung von Verkehrsanlagen und anderen Infrastruktureinrichtungen, 4. Aufl., Berlin 2011 (zit.: Hoppe/Schlarmann/Buchner/Deutsch)
- Immenga, Ulrich/Mestmäcker, Ernst-Joachim*, Wettbewerbsrecht GWB, 4. Aufl., München 2007 (zit.: Immenga/Mestmäcker/Bearbeiter)
- Jarass, Hans D.*, BImSchG, Kommentar, 8. Aufl., München 2010 (zit.: Jarass)
- Jarass, Hans/Pieroth, Bodo*, Grundgesetz, 11. Aufl., München 2011 (zit.: Jarass/Pieroth)
- Kment, Martin*, Rechtsschutz im Hinblick auf Raumordnungspläne, Berlin 2002 (zit.: Kment)
- Knack, Hans/Hennecke, Hans-Günter*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 9. Aufl., Köln 2009 (zit.: Knack/Hennecke/Bearbeiter)
- Kodal, Kurt*, Straßenrecht, Kommentar, 7. Aufl., München 2010 (zit.: Kodal/Bearbeiter)
- Kopp, Ferdinand O./Schenke, Wolf-Rüdiger*, VwGO, Kommentar, 17. Aufl., München 2011 (zit.: Kopp/Schenke)
- Kopp, Ferdinand/Ramsauer, Ulrich*, VwVfG, Kommentar, 11. Aufl., München 2010 (zit.: Kopp/Ramsauer)
- Kopp, Ferdinand/Schenke, Wolf-Rüdiger*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 16. Aufl., München 2009 (zit.: Kopp/Schenke)
- Landmann, Robert von/Rohmer, Gustav*, Umweltrecht, Loseblatt-Kommentar, 64. Aufl., München 2012 (zit.: Landmann/Rohmer/Bearbeiter)
- Lerche, Peter/Zacher, Hans/Badura, Peter*, Festschrift für Theodor Maunz zum 80. Geburtstag, München 1981 (zit.: Bearbeiter in: FS Maunz)
- Löwer, Wolfgang*, Neuere europäische Vorgaben für den Energiebinnenmarkt, Bonner Gespräch zum Energierecht Bd. 5, Bonn 2010 (zit.: Löwer, Bd. 5/Bearbeiter)
- Löwer, Wolfgang*, Vielfalt des Energierechts, Bonner Gespräch zum Energierecht Bd. 4, Bonn 2009 (zit.: Löwer, Bd. 4/Bearbeiter)
- Lütkes, Stefan/Ewer, Wolfgang*, Bundesnaturschutzgesetz, Kommentar, München 2011 (zit.: Lütkes/Ewer/Bearbeiter)
- Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck, Christian*, Grundgesetz, Kommentar, 6. Aufl., München 2010 (zit.: Mangoldt/Klein/Starck/Bearbeiter)
- Marschall, Ernst*, Bundesfernstraßengesetz, 6. Aufl., Köln 2012 (zit.: Marschall/Bearbeiter)
- Maunz, Theodor/Dürig, Günter*, Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar, 61. Aufl., München (zit.: Maunz/Dürig/Bearbeiter)
- Meyer, Hans*, Die Föderalismusreform 2006, Berlin 2008 (zit.: Meyer)
- Münch, Ingo von/Kunig, Philip*, Grundgesetz, Kommentar, 6. Aufl., München 2012 (zit.: Münch/Kunig/Bearbeiter)
- Peters, Carsten*, Rechtsschutz Dritter im Rahmen des EnWG, Baden-Baden 2008 (zit.: Peters)
- Peters, Heinz-Joachim/Balla, Stefan*, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Handkommentar, 3. Aufl., Baden-Baden 2006 (zit.: Peters/Balla)
- Peters, Heinz-Joachim/Balla, Stefan*, UVPg, Handkommentar, 3. Aufl., Baden-Baden 2006 (zit.: Peters/Balla)
- Posser, Herbert/Wolf, Heinrich Amadeus*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, München 2008 (zit.: Posser/Wolf/Bearbeiter)
- Redeker, Martin/von Oertzen, Hans-Joachim*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 15. Aufl., Stuttgart 2010 (zit.: Redeker/von Oertzen)
- Rodi, Michael*, Anspruchsvoller Umweltschutz in der Fach- und Raumplanung, Berlin 2012 (zit.: Rodi/Bearbeiter)
- Sachs, Michael*, Grundgesetz, Kommentar, 6. Aufl., München 2011 (zit.: Sachs/Bearbeiter)
- Säcker, Franz Jürgen*, Berliner Kommentar zum Energierecht, 2. Aufl., München 2010 (zit.: BK-EnR/Bearbeiter)
- Salje, Peter*, Energiewirtschaftsgesetz, Kommentar, Köln 2006 (zit.: Salje, EnWG)
- Scheuerle, Klaus-Dieter/Mayen, Thomas*, Telekommunikationsgesetz, 2. Aufl., München 2008 (zit.: Scheuerle/Mayen/Bearbeiter)
- Schlabach, Erhard*, Vorschriftensammlung und Kommentar zum Verwaltungskostengesetz des Bundes sowie zum Landesgebührengesetz Baden-Württemberg, Stand: 36. Erg.-Lieferung, Stuttgart 2011 (zit.: Schlabach)

- Schmidt-Aßmann, Eberhard*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee: Grundlagen und Aufgaben der verwaltungsrechtlichen Systembildung, 2. Aufl., Berlin 2004 (zit.: *Schmidt-Aßmann*)
- Schneider, Jens-Peter*, Planungs-, genehmigungs- und naturschutzrechtliche Fragen des Netzausbaus und der untätigen Speichererrichtung zur Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung, Berlin 2010 (zit.: *Schneider*)
- Schoch, Friedrich/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Pietzner, Rainer*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 16. Aufl. 2008 (zit.: *Schoch/Schmidt-Aßmann/Pietzner/Bearbeiter*)
- Schuhmacher, Jochen und Anke/Fischer-Hüftle, Peter*, Bundesnaturschutzgesetz, Kommentar, 2. Aufl., Stuttgart 2010 (zit.: *Schuhmacher/Fischer-Hüftle*)
- Schuppert, Gunnar Folke*, Verwaltungswissenschaft: Verwaltung, Verwaltungsrecht, Verwaltungslehre, Baden-Baden 2000 (zit.: *Schuppert*)
- Sodann, Helge/Ziekow, Jan*, Verwaltungsgerichtsordnung, Großkommentar, 3. Aufl., Baden-Baden 2010 (zit.: *Sodann/Ziekow/Bearbeiter*)
- Spannowsky, Willy/Runkel, Peter/Goppel, Konrad*, Raumordnungsgesetz, Kommentar, München 2010 (zit.: *Spannowsky/Runkel/Goppel/Bearbeiter*)
- Starck, Christian*, Die Föderalismusreform 2006, München 2007 (zit.: *Starck*)
- Steinberg, Rudolf/Berg, Thomas/Wickel, Martin*, Fachplanung, 3. Aufl., Baden-Baden 2000 (zit.: *Steinberg/Berg/Wickel*)
- Stelkens, Paul/Bonk, Heinz/Sachs, Michael*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 8. Aufl., München 2011 (zit.: *Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter*)
- Storm, Peter-Christoph/Bunge, Thomas*, Handbuch der Umweltverträglichkeitsprüfung, Berlin 2011 (zit.: *Storm/Bunge*)
- Stüer, Bernhard*, Handbuch des Bau- und Fachplanungsrechts, 4. Aufl., München 2009 (zit.: *Stüer*)
- Uebbing, Christiane*, Umweltprüfung bei Raumordnungsplänen, Münster 2004 (zit.: *Uebbing*)
- Umbach, Dieter/Clemens, Thomas*, Grundgesetz – Mitarbeiterkommentar und Handbuch, Heidelberg 2002 (zit.: *Umbach/Clemens*)
- Wissmann, Martin*, Telekommunikationsrecht, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2006 (zit.: *Wissmann/Bearbeiter*)
- Ziekow, Jan*, Praxis des Fachplanungsrechts, Neuwied 2004 (zit.: *Ziekow*)
- Ziekow, Jan*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 2. Aufl., Stuttgart 2010 (zit.: *Ziekow/Bearbeiter*)

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
€	Euro
§	Paragraph
°C	Grad Celsius
a.A.	andere Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl. BNetzA	Amtsblatt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
ABl. EG/EU	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
Alt.	Alternative
amtl. Slg.	amtliche Sammlung
ÄnderungsG	Änderungsgesetz
ARegV	Anreizregulierungsverordnung
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Art.	Artikel
Ast.	Außenstelle
Ausschussdrucks.	Ausschussdrucksache
AWZ	ausschließliche Wirtschaftszone
Az.	Aktenzeichen
BAPT	Bundesamt für Post und Telekommunikation
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BaurechtsGA	Baurechtsgutachten
BauROG	Bau- und Raumordnungsgesetz
BaWü	Baden-Württemberg
BayEG	Bayerisches Gesetz über die entschädigungspflichtige Enteignung
Bayer. VGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BBergG	Bundesberggesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BEGTPG	Gesetz über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschl.	Beschluss
BEVVG	Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BMPT	Bundesministerium für Post und Telekommunikation
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BR	Bundesrat
BR-Drucks.	Bundesrat-Drucksache
Brem.GBl.	Bremer Gesetzesblatt
BSH	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
BSWAG	Bundesschienenwegeausbaugesetz
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung
BVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (Bund)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CEF	Continuous Ecological Functionality-measures (Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktion)
CNG	Compressed Natural Gas (Erdgas)
CO ₂	Kohlendioxid
CSU	Christlich-Soziale Union
d.h.	das heißt
dena	Deutsche Energie-Agentur GmbH
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBt.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEG NW	Enteignungs- und -entschädigungsgesetz Nordrhein-Westfalen
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft
EKI	Europäische kritische Infrastrukturen
endg.	endgültig
EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz
EntGBbg	Enteignungsgesetz des Landes Brandenburg
ENTSO-E	European Network of Transmission System Operators for Electricity
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnWR-NRG	Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts
EP	Europäisches Parlament
EPSKI	Europäisches Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen
ER	EnergieRecht (Zeitschrift)
Erg. Lief.	Ergänzungslieferung
et	Energiewirtschaftliche Tagesfragen (Zeitschrift)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWI	Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln

f./ff.	folgende/fortfolgende
FDP	Freie Demokratische Partei
FFH	Flora-Fauna-Habitat
Fn	Fußnote
FStrAbG	Fernstraßenausbaugesetz
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GA	Gutachten
GBL	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
gem.	gemäß
GenBeschIG	Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GIL	Gasisolierte Leiter
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Geschäftsordnung; Gemeindeordnung
grds.	grundsätzlich
GS. Schl.-H.	Sammlung des schleswig-holsteinischen Landesrechts
GV NW	Gesetz- und Ordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl. LSA	Gesetz- und Ordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GVOBl. M-V	Gesetz- und Ordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
GW	Gigawatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWh	Gigawattstunde
GWS	Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung
h.M.	herrschende Meinung
h/a	Stunden pro Jahr
Hamb. OVG	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
Herv.	Hervorhebung
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Ordnungsblatt
Hs.	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis; im Erscheinen
i.V.m.	in Verbindung mit
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IFNE	Ingenieurbüro für neue Energien
InfrPBG	Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben
IR	InfrastrukturRecht (Zeitschrift)
ITO	Independent Transmission Operator
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
IWES	Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-BVerwG	juris PraxisReport Bundesverwaltungsgericht (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
km	Kilometer
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
kV	Kilovolt
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

XLVIII — Abkürzungsverzeichnis

LAbfG NW	Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
LEnteigG	Landese enteignungsgesetz Rheinland-Pfalz
Lf.	Lieferung
LG	Landgericht
li. Sp.	linke Spalte
lit.	literatura
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LNG	Liquefied Natural Gas (Flüssigerdgas)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVerwAmt	Landesverwaltungsamt
m	Meter
m. Anm.	mit Anmerkungen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.z.w.N.	mit zahlreichen weiteren Nachweisen
MBauO	Musterbauordnung
MBI. NRW	Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
MBPIG	Magnetschwebbahnplanungsgesetz
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
mm	Millimeter
N&R	Netzwirtschaft und Recht (Zeitschrift)
n.F.	neue Fassung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
Nds. ErdkabelG	Niedersächsisches Erdkabelgesetz
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NdsVBl.	Niedersächsisches Verwaltungsblatt
NE	Nichteisenmetall
NEG	Niedersächsisches Enteignungsgesetz
NEP	Netzentwicklungsplan
NOVA	Netz Optimieren vor Verstärken vor Ausbauen
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.ä.	oder ähnliches
o.g.	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
OLRG	Oberlandesgericht-Report (Zeitschrift)
OVG HH	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
OWP	Offshore-Windpark
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Plafer	Planfeststellungsrichtlinie
PIVereinfG	Planungsvereinfachungsgesetz
PostG	Postgesetz
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
RBG	Rechtsbereinigungsgesetz
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
re. Sp.	rechte Spalte
RegBez.	Regierungsbezirk

RegE	Regierungsentscheidung
RGBL	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz
RoV	Raumordnungsverordnung
Rspr.	Rechtsprechung
RuR	Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift)
S.	Seite/-n
SächsEntEG	Sächsisches Enteignungs- und Entschädigungsgesetz
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Ordnungsblatt
SAP	Spezielle Artenschutzprüfung
SEA	Strategic Environmental Assessment
SigG	Signaturgesetz
sog.	sogenannte(r)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
std. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
SUP	Strategische Umweltprüfung
SUP-RL	Strategische Umweltprüfung Richtlinie
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
SUPG	Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TEN-E-Leitlinie	Transeuropäische Energienetze-Leitlinie
Thür. OLG	Thüringisches Oberlandesgericht
ThürEG	Thüringer Enteignungsgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TYNDP	Ten-Year Network Development Plan
Tz	Textziffer
u. a.	unter anderem
u. g.	unten genannt
u. U.	unter Umständen
UA	Unterabschnitt
UBA	Umweltbundesamt
UCTE	Union for the Co-ordination of Transmission of Electricity
UIG	Umweltinformationsgesetz
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-report	Report der Gesellschaft für die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Zeitschrift)
UVP-RL	Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie
UVPVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	von
Var.	Variante

L — Abkürzungsverzeichnis

VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V.
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
Verf.	Verfasser
VerkPBG	Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VkBl	Verkehrsblatt (Zeitschrift)
VNB	Verteilernetzbetreiber
VO	Verordnung
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen/Teil A
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VRS	Verkehrsrechtssammlung (Zeitschrift)
VS	Verschlusssache
VSA	Verschlusssachenanweisung
VS-Richtlinie	Vogelschutzrichtlinie
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwKostG	Verwaltungskostengesetz
VwVfÄndG	Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
vzbv	Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
WD 3	Wissenschaftlicher Dienst 3: Verfassung und Verwaltung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZFW	Zeitschrift für Wasserrecht
Ziff.	Ziffer
ZPBR	Zeitgeschichte, Politische Bildung und Recht (Zeitschrift)
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZuständigkeitsVO	Zuständigkeitsverordnung

Bearbeiterverzeichnis

Karsten Bourwieg, Ass. iur., Jg. 1972; Studium in Freiburg im Breisgau, Referendariat in Itzehoe, Kiel und Köln. 2003 bis 2005 Rechtsanwalt und Syndikus der Trianel Stadtwerkekooperation in Aachen. Seit 2005 Referatsleiter des Referates für Rechtsfragen Energieregulierung und Erneuerbare Energien, Entflechtung, Grundsatzfragen der Energieverbraucher der Bundesnetzagentur in Bonn.

Ursula Heimann, Dr. iur., LL.M., Jg. 1978; Studium in Münster, Paris und Lüneburg. Promotion in einem interdisziplinären Graduiertenkolleg des Instituts für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier. Seit 2009 als Referentin in der Bundesnetzagentur tätig.

Julian Asmus Nebel, Dr. iur., Dipl.-Politologe, Jg. 1978; Studium in Berlin, Diplom der Politikwissenschaft im Jahr 2004, 2006–2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis an der Humboldt Universität, Promotion Dr. iur. 2010, seit dem Jahr 2010 als Rechtsanwalt bei GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten tätig.

Helmut Lecheler, Prof. Dr. iur., Dipl.-Kaufmann, Jg. 1941; Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bonn und Paris II (Sorbonne-Assas); ordentliche Professuren für öffentliches Recht und Europarecht an den Universitäten Marburg, Erlangen-Nürnberg und seit 1992 an der Freien Universität Berlin. In den letzten 20 Jahren schwerpunktmäßige wissenschaftliche Beschäftigung mit dem deutschen und europäischen Rechtsrahmen der Energiewirtschaft. Von April bis November 2011 Vorsitzender der Arbeitsgruppe 3 „Regulierung“ der ständigen Gesprächsplattform „Zukunftsfähige Netze und Systemsicherheit“ beim Bundeswirtschaftsministerium.

Christoph Riese, Dr. iur., Jg. 1964; Studium in Bonn, Promotion Dr. iur. 1992, seit dem Jahr 1992 als Rechtsanwalt tätig. Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Partner bei GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten. Mitglied in einer Vielzahl führender juristischer Organisationen für das Verwaltungs- und Energierecht, unter anderem als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht Berlin/Brandenburg des Deutschen Anwaltsvereins.

Christof Sangenstedt, Dr. iur., Jg. 1954; Studium in Bonn und Münster. 1982 bis 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Strafrechtlichen Institut der Universität Bonn. Seit 1988 zunächst als Referent, seit 1992 als Referatsleiter in verschiedenen Abteilungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Seit 1999 Leiter des Grundsatz-Rechtsreferats im BMU.

Armin Steinbach, Dr. iur., LL.M., Dipl.-Volkswirt, Jg. 1978; Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre u.a. in Berlin, Brüssel und Harvard. Von 2009 bis 2012 im Bundeswirtschaftsministerium als Referent für Netzausbau zuständig. Zuvor Rechtsanwalt bei einer international tätigen Kanzlei in Brüssel und Referent bei der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf.

Teil 1 Einleitung

Überblick

- A. **Treiber des Netzausbaus** — 1
- B. **Der Netzausbau als energiepolitisches Ziel** — 6
- C. **Der Netzausbau im deutschen Recht** — 9
 - I. Einleitung — 9
 - II. Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz 2006 — 13
 - III. Energieleitungsausbaugesetz 2009 — 15
 - IV. EnWG-Novellierung 2011 — 21
 - 1. Staatliche Infrastrukturverantwortung — 25
 - 2. Legitimation der Bedarfsplanung — 29
 - 3. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung — 31
 - 4. Transparenz der Bedarfsplanung — 37
 - 5. Technologieoffenheit des Netzausbaus — 39
 - V. Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2011 — 42
 - 1. Problemanalyse am Ausgangspunkt des NABEG — 43
 - 2. Reformansatz der Bundesfachplanung und Planfeststellung — 47
 - VI. Europarechtlicher Rahmen zum Netzausbau — 54
 - VII. Verfassungsmäßigkeit des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes — 58
 - 1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes — 58
 - 2. Vollzugskompetenz des Bundes — 68
 - 3. Verfassungsmäßigkeit der VO-Befugnis zur Übertragung der Planfeststellungszuständigkeit — 70
 - 4. Überblick über den stufenweisen Bedarfsplanungs- und Genehmigungsprozess — 72

A. Treiber des Netzausbaus

Die vielzitierte „**Energiewende**“ hinterlässt auch im Bereich der Netzinfrasturktur Spuren. Der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Umbau der Energieversorgung haben den Handlungsbedarf im Bereich der Netzinfrasturktur immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt. Haupttreiber dieser Entwicklung sind die ehrgeizigen **klimapolitischen Ziele** der Bundesregierung. Die deutsche Bundesregierung strebt zur Erreichung der Klimaschutzziele eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40% bis zum Jahr 2020 und bis 2050 sogar um 80% gegenüber dem Stand von 1990 an.¹ Dieses Ziel soll vor allem durch eine Umstellung auf eine regenerative Elektrizitätserzeugung erreicht werden, die bis zum Jahre 2030 zu 50% und bis zum Jahre 2050 zu 80% auf regenerativen Energieträgern beruhen soll. Da der Netzausbau mit dem Ausbau der Erneuerbaren nicht Schritt hält, kommt es schon heute zu einer **mangelnden Synchronisierung zwischen Erneuerbaren Energien und dem Netzausbau**.

Der Umbau der Energieversorgung ändert die Anforderungen an die Netzinfrasturktur: Der zügige Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien und die Standortwahl von neuen konventionellen Energieerzeugern tragen maßgeblich zur geographischen **Entkopplung von Verbrauchs- und Erzeugungsschwerpunkten** bei. Früher wurde bei der Planung von Energieversorgungssystemen angestrebt, Erzeugungseinheiten möglichst in der Nähe von Verbrauchsschwerpunkten, etwa im industriereichen Süddeutschland, anzusiedeln. Heute werden erneuerbare Energien und konventionelle Kraftwerke unabhängig von Verbrauchsgesichtspunkten und netztechnischen Rahmenbedingungen ausgewählt. In der Tendenz zeigt sich, dass neue Standorte für konventionelle Kraftwerke in erheblichem Umfang an Küstenstandorten, also im Norden, geplant werden. Ebenso werden **Standortentscheidungen für die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie in Abhängigkeit von den Erzeugungspotenzialen** getroffen. Die Verfügbarkeit

¹ Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, 28.9.2010, S. 5.

von Biomasse, die Windverhältnisse und die Sonneneinstrahlung sind dabei ausschlaggebende Standortfaktoren.

- 3 Die Standortentscheidungen für die Stromproduktion erzeugen ein **Nord-Süd-Gefälle**. Zwar führen die Intensität und die Dauer der Sonneneinstrahlung zu einer Konzentration der Solarstromerzeugung im Süden. Allerdings siedelt sich die überwiegende Mehrzahl der **Windkraftanlagen (offshore und onshore) im Norden** oder der Mitte Deutschlands an. Und auch der Ausstieg aus der Kernenergie trägt zu dem Nord-Süd-Gefälle bei. Die derzeit noch insbesondere in Süddeutschland betriebenen Kernkraftwerke werden schrittweise abgeschaltet. Der **Wegfall** der in den **Kernkraftwerken** erzeugten Energie soll durch konventionelle Kraftwerke und erneuerbare Energien kompensiert werden, wobei in Süddeutschland die Nachfrage nicht durch verbrauchsnahe, sondern vorwiegend durch zu transportierende Elektrizitätsmengen gedeckt werden muss.
- 4 Neben das Phänomen des Nord-Süd-Gefälles in Stromerzeugung und -verbrauch treten die Charakteristika sowohl **dezentraler** als auch **zentraler Stromeinspeisung**. Dezentrale Einspeisung durch die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Windanlagen machen eine Verstärkung des Netzes in der Fläche erforderlich. Zugleich entstehen neue Erzeugungszentren, etwa durch Offshore-Windparks in der Nordsee. Hinzu kommt die **zunehmende Volatilität der Einspeisung** durch die schwankende Darbietung von erneuerbarem Strom. Unzureichender Netzausbau und eine fluktuierende Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne führen zu Netzengpässen. Diese treten insbesondere in Situationen starker nationaler und internationaler Handelsaktivitäten in Kombination mit hoher Windenergieeinspeisung auf. Die Konsequenzen sind die Beschränkung des Stromtransports und des Stromhandels sowie die Abschaltung von Erzeugungsanlagen. Damit kann eine unzureichende Netzinfrastruktur auch eine negative Auswirkung auf die Investitionssicherheit beim Bau neuer Kraftwerke haben. Neben den Marktrisiken für neue Kraftwerke müssen zunehmend die Risiken bewertet werden, die sich aus nicht ausreichend verfügbaren Netzkapazitäten ergeben. Auf **Verteilernetzebene** kommt hinzu, dass der Strom nicht mehr wie bisher als Einbahnstraße von übergelagerten Spannungsebenen in untere Spannungsebenen zum Verbraucher fließt. Aufgrund dezentraler Einspeisung von Erneuerbaren Energien in unteren Spannungsebenen muss das Verteilernetz immer häufiger einen „Gegenverkehr“ bewältigen, der aus Rückspeisungen in höhere Spannungsebenen resultiert.
- 5 Die präzise **Höhe des erforderlichen Netzausbaubedarfs** ist Gegenstand verschiedener Studien gewesen, bleibt in der öffentlichen Diskussion aber umstritten. Im Jahr 2005 wurden im Rahmen der dena-Netzstudie I prioritäre Höchstspannungsleitungen mit einer Gesamtlänge von rund 850 km bis 2015 berechnet. Die Leitungen der **dena-Netzstudie I**² wurden in den Bedarfsplan des EnLAG aufgenommen. In der **dena-Netzstudie II**³ aus dem Jahr 2010 wurde ein über die dena-Netzstudie I hinausgehender Ausbaubedarf in der Höhe von bis zu 3.600 km bis 2020 ermittelt. Bei der Realisierung dieser Leitungen hinkt man hinterher: Im Mai 2012 waren von den rund 2.000 km Netzausbaumaßnahmen des EnLAG erst ca. 200 km realisiert. Die Konkretisierung der präzisen Höhe des Netzausbaubedarfs wird zukünftig in den **Netzentwicklungsplänen** der Netzbetreiber nach §§ 12a ff. EnWG ermittelt. Für die Verteilernetzebene liegen bis heute keine belastbaren Studien vor. Allerdings ist davon auszugehen, dass der Ausbaubedarf aufgrund der Einspeisung von Erneuerbaren Energien auf unteren Spannungsebenen ebenfalls hoch ist. Die Anforderungen an

² dena (Hrsg.), Kurzanalyse der Kraftwerks- und Netzplanung in Deutschland bis 2020 (mit Ausblick auf 2030). Annahmen, Ergebnisse und Schlussfolgerungen, Berlin 2008, abrufbar unter www.dena.de/infos/presse/studien#c5277.

³ dena (Hrsg.), dena-Netzstudie II – Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung im Zeitraum 2015-2020 mit Ausblick auf 2025, Berlin 2010, abrufbar unter www.dena.de/themen/thema-esd/projekte/projekt/dena-netzstudie-ii; dazu auch *Prognos/EWI/GWS*, Energieszenarien 2011, Projekt Nr. 12/10, Basel/Köln/Osnabrück 2011, abrufbar unter www.ewi.uni-koeln.de.

die Dokumentation sind bei den Verteilnetzbetreibern gleichwohl abgestuft gegenüber den Übertragungsnetzen. Verteilnetzbetreiber müssen jährlich den Netzzustand ihres Netzes in einem Bericht darzustellen und der zuständigen Regulierungsbehörde zur Prüfung vorzulegen. Ist der erwartete Netzausbaubedarf besonders hoch, kann die BNetzA die Vorlage von Netzentwicklungsplänen verlangen, die sich an den Plänen der ÜNB orientieren (§ 14 Abs. 1b EnWG).

B. Der Netzausbau als energiepolitisches Ziel

Der Netzausbau wird schon seit geraumer Zeit von den Bundesregierungen vorangetrieben. Im Jahre 2006 sollten mit dem **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** Verzögerungen auf Ebene der Planungs- und Genehmigungsverfahren und bei der Realisierung des Leitungsbaus behoben werden. 2009 wurden mit dem **EnLAG** die 24 prioritären Höchstspannungsleitungen in einem Bedarfsplan aufgenommen und mit genehmigungsrechtlichen Privilegien ausgestattet.

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die energiepolitische Bedeutung des Netzausbaus im **Energiekonzept der Bundesregierung** aus dem Jahr 2010. Darin wurde eine Reihe von kurz- und langfristigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus angekündigt. Diese Maßnahmen beziehen sich auf den planungs- und genehmigungsrechtlichen, den regulatorischen und den institutionellen Bereich.

Eine weitere Zäsur für die Energieversorgung insgesamt und den Netzausbau im speziellen war das **Reaktorunglück in Fukushima**. Als Konsequenz dessen wurde ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie mit einer sofortigen Abschaltung von acht Kernkraftwerken beschlossen. Der politische Wille zum Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde dadurch noch einmal bestärkt. Für die Netze bedeutet dies einen zusätzlichen Druck, eine Synchronisierung mit den Erneuerbaren Energien hinzubekommen. Aufgrund des politischen Handlungsdrucks musste das **NABEG** binnen drei Monaten bis zum Ablauf des Kernkraft-Moratoriums nach der Katastrophe von Fukushima auf den Weg gebracht werden. Die Einleitung der Energiewende im Sommer 2011 beinhaltete nicht weniger als die Verabschiedung von sieben Gesetzen und einer Verordnung durch den Gesetzgeber.

C. Der Netzausbau im deutschen Recht

I. Einleitung

Die Vorschriften zum Netzausbau verteilen sich inzwischen auf eine Reihe von Rechtsgrundlagen. Das Nebeneinander anwendbarer Rechtsvorschriften ist der energiepolitisch bedingten Entwicklung von **Sonderregimen für bestimmte Leitungsprojekte** geschuldet. Der Grundsatz des Vorrangs des speziellen vor dem allgemeinen Gesetz kommt im Energieleitungsbau deshalb regelmäßig zur Anwendung. Spezialgesetze sind insoweit:

- das **NABEG** (für neue Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplan) gegenüber dem EnWG;
- das **EnLAG** (mit seinem Bedarfsplan für 24 Höchstspannungsleitungen) gegenüber dem EnWG und dem NABEG;
- das **EnWG** seinerseits gegenüber dem **VwVfG**.

Aus den unterschiedlichen Regelungsmaterien ergeben sich unterschiedliche Zulassungsregime: 10

1. Für die **24 Leitungen des EnLAG** wird das Raumordnungsverfahren von den Ländern nach § 1 Nr. 14 RoV, § 15 ROG durchgeführt. Das Planfeststellungsverfahren wird nach § 43 S. 1 Nr. 1 EnWG ebenfalls von den Ländern durchgeführt.

2. Für die **Leitungen des Bundesbedarfsplans**, die als **länderübergreifende oder grenzüberschreitende Leitungen** gekennzeichnet sind, gelten für die Bundesfachplanung durch die BNetzA die Regeln des NABEG.
 - a. Das **Planfeststellungsverfahren** für die länderübergreifenden oder grenzüberschreitenden Leitungen führt die **BNetzA** nach §§ 18 ff. NABEG aus, sofern der BNetzA die Planfeststellungskompetenz auf dem Verordnungswege nach § 2 Abs. 2 NABEG übertragen wurde.
 - b. Die **Planfeststellungsverfahren** für die länderübergreifenden oder grenzüberschreitenden Leitungen werden von **Genehmigungsbehörden der Länder** nach §§ 18 ff. NABEG durchgeführt, sofern die Verordnung nach § 2 Abs. 2 NABEG der BNetzA die Planfeststellungskompetenz **nicht** überträgt.
3. Die **Leitungen des Bundesbedarfsplans**, die **nicht** als **länderübergreifende oder grenzüberschreitende Leitungen** gekennzeichnet sind, sowie alle anderen Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 kV oder mehr, die nicht im Bundesbedarfsplan aufgeführt werden, durchlaufen das Raumordnungsverfahren nach § 1 Nr. 14 RoV, § 15 ROG. Das Planfeststellungsverfahren wird nach § 43 S. 1 Nr. 1 EnWG ebenfalls von den Ländern durchgeführt.

- 11 Historisch** gesehen war für die Errichtung von Elektrizitätsleitungen bis zum Jahr 2001 nicht mal eine Planfeststellung vorgeschrieben.⁴ Die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens war zwar erforderlich, jedoch ohne ein anschließendes Genehmigungsverfahren, in dem die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens hätten Wirkung entfalten können. Teilweise bestanden Genehmigungserfordernisse nach Landesrecht; im Grundsatz erfolgten die Genehmigungsverfahren von Elektrizitätsleitungen ohne formale Eröffnungskontrolle. Auch bestanden für Private keine formalisierten Beteiligungsrechte.⁵
- 12** Seit 2001 erfolgt die Zulassung von Hochspannungsfreileitungen formal-gesetzlich nach einem einheitlichen Standard: Für Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 kV oder mehr ist ein Raumordnungsverfahren durchzuführen (§ 1 Nr. 14 RoV, § 15 ROG). Das Planfeststellungserfordernis ergibt sich seit 2001 aus § 43 S. 1 Nr. 1 EnWG.⁶ Darin ist die Planfeststellungsbedürftigkeit für Hochspannungsfreileitungen ab einer Nennspannung von 110 kV geregelt. Mit der EnWG-Novelle 2011 wurde auf der 110 kV-Ebene auch die Planfeststellungsfähigkeit von Erdkabeln auf der 110 kV-Ebene ermöglicht (§ 43 S. 7 EnWG). Formal-gesetzlich kann mithin nicht von einem „**Flickenteppich**“ gesprochen werden, weil eine Einheitlichkeit der Gesetze unabhängig von der geographischen Lage der Leitung besteht.⁷ Davon zu unterscheiden ist ein „Flickenteppich“ in der Anwendung der einheitlichen Vorschriften in der Verwaltungspraxis, die zuletzt ausschlaggebend gewesen ist für die Hochzonung der Genehmigungskompetenz auf die Bundesebene im Rahmen des NABEG.⁸

II. Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz 2006

- 13** Mit dem Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz vom 9.12.2006⁹ hat der Gesetzgeber mit der **Absicht der Verfahrensbeschleunigung** die §§ 43 ff. EnWG weiter ausgeformt. Dabei wurden ins-

⁴ Vgl. *Durner*, DVBl. 2011, 854.

⁵ *Langer*, BayVBl 1989, 641.

⁶ Zur Entstehung vgl. *Kriegelstein*, UPR 2003, 17 ff.

⁷ *Durner*, DVBl. 2011, 854.

⁸ Dazu unten Rn 43.

⁹ BGBl. I 2006 S. 2833.

besondere Fristvorgaben für behördliche Verfahrenshandlungen eingeführt (§ 43a EnWG), die Voraussetzungen für den Erlass von Veränderungssperren und vorzeitiger Besitzeinweisung geschaffen (§§ 44a und b EnWG) und die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Ausbauvorhaben eingeschränkt (§ 43e Abs. 1 S. 2, Abs. 3 EnWG; § 48 Abs. 1 Nr. 4 VwGO). Außerdem wurde die Verzichtsmöglichkeit für den Erörterungstermin eingeführt (§ 43a Nr. 5 S. 1 EnWG a.F.).

In der Praxis erwies sich die **Verfahrensbeschleunigung** durch das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz als **unzureichend**. Die verkürzten Fristvorgaben waren als reine Soll-Vorschriften ungeeignet, eine Einhaltung der Fristen zu erzwingen und eine Beschleunigung der Verfahren zu erzielen. Auch die Möglichkeit des Verzichts auf den Erörterungstermin konnte die Verfahrenslänge nicht reduzieren; zudem erscheint eine Verkürzung der Beteiligungsrechte aus heutiger Sicht vor dem Hintergrund der „**Stuttgart-21**“-**Debatte** nicht sinnvoll. Deshalb wurde vor dem Hintergrund einer Verbesserung der **Beteiligung der Öffentlichkeit** mit der EnWG-Novellierung 2011 die Verzichtsmöglichkeit auf den Erörterungstermin wieder eingeschränkt. Nunmehr gilt der Erörterungstermin als Regelfall (§ 43a Nr. 5 EnWG). 14

III. Energieleitungsausbaugesetz 2009

Mit dem Ziel einer **verbindlichen Bedarfsplanung** und der Straffung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Leitungsbauvorhaben wurde 2009 das EnLAG auf den Weg gebracht. Im Fokus stand die Beschleunigung von **24 vordringlichen Leitungsbauvorhaben** auf der Ebene der Höchstspannungs-Übertragungsnetze. Zentraler Beschleunigungsansatz war die gesetzgeberische Festlegung der **energiewirtschaftlichen Notwendigkeit** der Leitungen für die 24 Leitungen des Bedarfsplans des EnLAG.¹⁰ Grundsätzlich muss das planfeststellungsbedürftige Vorhaben nach allgemeinen Grundsätzen den Zielen des § 1 Abs. 1 EnWG entsprechen, d.h. energiewirtschaftlich notwendig sein. Im Regelfall ist diese Planrechtfertigung durch die Planfeststellungsbehörde sicherzustellen, die dabei vor allem die konkrete Erforderlichkeit der geplanten Energieleitung zu prognostizieren hat. Die Begründung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit wurde im EnLAG gesetzgeberisch erstmalig vorweggenommen: Gemäß § 1 Abs. 2 EnLAG ist für die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben die **Planrechtfertigung gesetzlich vorgegeben**. Damit ist das „Ob“ einer Leitung gesetzlich vorgegeben und muss von den Planungs- und Genehmigungsbehörden nicht mehr geprüft werden. Es kann damit auch nicht mehr in Frage gestellt werden. Zudem wird der **Rechtsweg** bei den vordringlichen Vorhaben auf eine Instanz **verkürzt** (BVerwG als erste und letzte Instanz). 15

Zusätzlich ermöglicht das EnLAG den Einsatz von **Erdkabeln auf 380 kV-Ebene** im Rahmen von **vier Pilotprojekten** auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten. Der Pilot-Ansatz ist der (umstrittenen) Tatsache geschuldet, dass Erdkabel auf der Höchstspannungsebene in der Fläche bislang nicht dem Stand der Technik im Normalbetrieb entsprechen. Die Intention des Gesetzgebers ist es, Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Technologie zu sammeln und auf Grundlage einer positiven Evaluierung den Einsatz von Erdkabeln auf der 380 kV-Ebene in größerem Umfang zu ermöglichen. Der Gesetzgeber reagiert damit auch auf die zunehmende Akzeptanzdebatte im Leitungsbau. Häufig wird der Bau von Freileitungen von der betroffenen Bevölkerung abgelehnt. Mit dem Bau von Erdkabel-Pilotprojekten sollen Erfahrungen mit dem Einsatz von Erdkabeln in der Fläche gesammelt werden. Die ersten Genehmigungsverfahren der **Erdkabel-Pilotprojekte** im Rahmen des EnLAG zeigen jedoch, dass die Diskussion um die Erdverkabelung eher zu **zusätzlichen Verzögerungen** führt, was mit den Auseinandersetzungen um den 16

¹⁰ Ausführlich *Schirmer*, DVBl. 2010, 1349 ff.

Umfang der Teilverkabelung zusammenhängt. Außerdem zeigt sich, dass auch naturschutzfachliche Bedenken gegen den Einsatz von Erdkabeln sprechen können.

- 17 Neben der Bedarfsfeststellung für die prioritären Leitungen hat das Artikelgesetz zum Erlass des EnLAG eine Reihe weiterer planungsrechtlicher und regulatorischer Maßnahmen eingeführt. Für die Anbindungsleitungen von Offshore-Anlagen wurde ein Planfeststellungsverfahren eingeführt (§ 43 S. 1 Nr. 3 EnWG), das die bisherigen Einzelgenehmigungen ersetzen soll. Bei der Verkabelung auf 110 kV-Ebene im 20 km-Streifen längs der Küste wurde klargestellt (§ 43 S. 3 EnWG), dass jede 110 kV-Leitung in diesem Gebiet als Erdkabel verlegt werden kann – unabhängig davon, ob es sich um eine Offshore-Anbindungsleitung handelt.
- 18 Ferner konkretisiert das EnLAG die Pflichten der Netzbetreiber, indem die bisherige Handhabung der Vorschriften festgeschrieben wird: Die Pflicht zum bedarfsgerechten Netzausbau (§ 11 Abs. 1 S. 1 EnWG) umfasst die Optimierung und Verstärkung. Dies gilt auch für die Darstellung in den Netzausbauberichten (§ 12 Abs. 3a a.F. EnWG).
- 19 Durch Änderungen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wurde der Einsatz der HGÜ-Technik (Hochspannungsgleichstromübertragung) im Übertragungsnetz ermöglicht, wo dies technisch und wirtschaftlich effizient ist. Außerdem sollte die Erdverkabelung auf 110 kV-Ebene bei neuen Leitungen auf neuer Trasse immer dann möglich sein, wenn der Kostenfaktor 1,6 im Vergleich zu einer Freileitung nicht überschritten wird. Mit dem NABEG wurde dieser Faktor auf 2,75 erweitert.
- 20 Die bisherigen **Erfahrungen** mit dem **EnLAG** sind **gemischt**. Unter Baufortschritts Gesichtspunkten kann nicht von einem Erfolg gesprochen werden. Im Mai 2012 waren mit 214 km **knapp 12%** der derzeit 1.834 km EnLAG-Leitungen **realisiert**. Gleichwohl wird dem Bedarfsplanansatz mit seiner gesetzlichen Feststellung des energiewirtschaftlichen Bedarfs grds. ein Beschleunigungseffekt attestiert. Die Gründe für die Verzögerungen liegen indes in der langen Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren.¹¹

IV. EnWG-Novellierung 2011

- 21 Mit der EnWG-Novellierung im Jahre 2011 ist das **System der Bedarfsplanung** grundlegend reformiert worden (§§ 12ff. EnWG). Aufgabe der Bedarfsplanung ist es, den voraussichtlichen Bedarf und Durchleitungskapazitäten zu ermitteln und Ausbauprioritäten zu definieren. Bis dato wurde die Bedarfsplanung im deutschen Übertragungsnetz allein vom Netzbetreiber ohne Einbindung der Öffentlichkeit und staatlicher Stellen betrieben – zukünftig ist die **Bedarfsplanung ein iterativer Prozess**, der unterschiedliche Mitwirkungsrechte und -pflichten von Netzbetreibern, Öffentlichkeit, BNetzA, Bundesregierung und Gesetzgeber vorsieht.
- 22 Die Bedarfsplanung ähnelt dem EnLAG-Ansatz insoweit, als die mit dem Netzentwicklungsplan reformierte Bedarfsplanung an die Systematik der gesetzgeberischen **Anordnung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit** (gesetzliche Bedarfsplanung) anschließt. Das vom Bundesgesetzgeber auf Grundlage des Netzentwicklungsplans zu beschließende Bundesbedarfsplangesetz stellt nach § 12e Abs. 4 S. 1 EnWG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Vorhaben fest.
- 23 Allerdings unterscheidet sich das Verfahren zur Entwicklung des Bedarfsplans qualitativ vom EnLAG. Die Ermittlung des Bedarfsplans des EnLAG folgte keiner mit dem Netzentwicklungsplan vergleichbaren Systematik. Im EnLAG wurde der Bedarfsplan überwiegend auf Grundlage der im Rahmen der dena-Netzstudie I identifizierten Leitungen und weiteren von den

¹¹ Dazu unten Rn 43 ff.

Netzbetreibern als besonders wichtig erscheinende Leitungsprojekte entwickelt. Eine systematische Mitwirkung der Öffentlichkeit bestand nicht.

Anlass zur Reform der Bedarfsplanung ist die von den **EU-Richtlinien** 2009/72/EG und 2009/73/EG vorgesehene Einführung von **10-jährigen nationalen Netzentwicklungsplänen**. Auf Grundlage der europarechtlichen Vorgaben ist die Ausgestaltung der Bedarfsplanung im EnWG anhand von fünf Säulen konzipiert worden:

- Staatliche Infrastrukturverantwortung,
- Legitimation der Bedarfsplanung,
- frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung,
- Transparenz des Netzausbaus und
- Technologieoffenheit.

1. Staatliche Infrastrukturverantwortung

Der Gesetzgeber sieht die originäre Verantwortung zur Bedarfsplanung auch zukünftig beim privaten Netzbetreiber. In seinen Händen liegen sowohl die Bedarfsermittlung als auch die Initiierung des Netzgenehmigungsprozesses. Die Zuständigkeit der ÜNB für die Ermittlung des Netzausbaubedarfs korrespondiert dabei nicht zuletzt mit ihrer **unternehmerischen Eigenverantwortung** für die Investitionsentscheidung.¹²

Parallel dazu wird jedoch die **staatliche Infrastrukturverantwortung** stärker ausgeformt.¹³ Anlass für ein stärkeres staatliches Engagement in der Bedarfsplanung sind zum einen die eindeutigen europarechtlichen Vorgaben, die relativ detailliert den Prozess der Bedarfsermittlung unter Einbindung der **BNetzA** festlegen. Quasi innenpolitisch ist die stärkere staatliche Einbindung jedoch der **anhaltenden Kritik an der bisherigen Form der Netzbedarfsermittlung** geschuldet, wie sie aus dem öffentlichen Raum geäußert wurde. Die Erfahrungen mit den dena-Netzstudien I und II haben gezeigt, dass die fehlende Transparenz des Planungsprozesses und das vermeintliche Profitinteresse der Netzbetreiber nicht zu einer allgemeinen Akzeptanz der Bedarfsplanung beitragen. Im Gegenteil: Selbst die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der vom Gesetzgeber im EnLAG identifizierten Leitungen, die teilweise auf die Ergebnisse der dena-Netzstudie I zurückgingen, sind in den Genehmigungsverfahren in Frage gestellt worden. Dabei steht nicht selten der Vorwurf der fehlerhaften oder überholten Bedarfsermittlung durch den Netzbetreiber im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund scheint also unter Akzeptanzgesichtspunkten eine stärkere Involvierung staatlicher Stellen geboten.

Staatliche Infrastrukturverantwortung im Bereich des Energieleitungsbaus ist auch vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Projekts „Energiewende“ zu sehen. Aufgrund des grundlegenden Umbaus unserer Energieversorgung wird deutlich, dass eine **Form staatlicher Koordinierung und Steuerung unverzichtbar** wird. Die Abhängigkeit der bundesweit gewährleisteten Versorgungssicherheit und der EU-rechtlich vorgegebenen Realisierung eines Strombinnenmarktes von Entscheidungen von regionalen Behörden und privaten Netzbetreibern hat die Erkenntnis befördert, dass die **staatliche Verantwortung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit** eine Änderung der bisherigen Bedarfsermittlungs- und Genehmigungspraxis erforderlich macht. Das NABEG trägt dem in zweifacher Hinsicht Rechnung: Zum einen durch die stärkere Einbindung der BNetzA bei der Netzplanung durch die Netzbetreiber. Zum zweiten durch die „Hochzonung“ der Genehmigungsverfahren von den Länderbehörden auf die Bundesebene.

Ausdruck staatlicher Infrastrukturverantwortung ist somit die Beteiligung der BNetzA im Prozess der Bedarfsermittlung. Dabei galt es, eine ausgewogene **Balance zwischen staatlicher**

¹² Lecheler, DVBl. 2007, 713, 718; Kment, RdE 2011, 341, 343.

¹³ Hermes, 336 ff.

Infrastrukturverantwortung und privater Investitionsverantwortung zu finden. Diese wurde dahingehend gefunden, dass den privaten Netzbetreiber stets eine „Bringschuld“ trifft, d.h., ihm obliegt die primäre Pflicht zur sachlichen Abwicklung der einzelnen Planungsschritte. Die BNetzA tritt erst sekundär, quasi als Kontrollorgan zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, in den Prozess ein und garantiert der Bedarfsermittlung mit dem staatlichen Stempel das Siegel der „objektiven“ Qualität. Die Einbindung der BNetzA bereits im Stadium der Bedarfsplanung gewährleistet die Einhaltung der gesetzmäßigen Anforderungen an ein sicheres, zuverlässiges, bedarfsgerechtes und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz.

2. Legitimation der Bedarfsplanung

- 29 Ein weiteres Ziel staatlicher Infrastrukturverantwortung ist das Ziel größerer Legitimation. Das Bedürfnis nach Legitimation liegt ebenfalls in der **fehlenden Akzeptanz** breiter Teile der Öffentlichkeit gegenüber der Bedarfsermittlung durch private, gewinnmaximierende Unternehmen begründet. Eine kontinuierliche Begleitung des privaten Bedarfsermittlungsprozesses durch die staatliche BNetzA stiftet Legitimation. Zentral im Sinne von größerer Legitimation ist jedoch die Befassung des Gesetzgebers mit dem Netzausbaubedarf im Rahmen des **Bundesbedarfsplangesetzes**. Hier wird der ursprünglich im EnLAG aufgegriffene Ansatz des **parlamentarischen Plazets** für konkrete Vorhaben fortgeschrieben und perpetuiert. Zukünftig sollen keine Höchstspannungsleitungen mehr errichtet werden können, ohne dass der Gesetzgeber diese nicht konkretisiert hat. Die Hoffnung ist, die Proteste gegen den Bau neuer Leitungen zu minimieren und genehmigungsrechtliche Privilegien (Feststellung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit) rechtfertigen zu können. Zugleich ist durch die regelmäßige Aktualisierung des Bundesbedarfsplans nach § 12e Abs. 1 EnWG sichergestellt, dass notwendige Korrekturen in der Bedarfsfeststellung möglich sind. Damit könnte auch der Vorwurf aus dem öffentlichen Raum entkräftet werden, dass Leitungen aufgrund veränderter Bedingungen nicht mehr erforderlich seien.
- 30 Unter dem Strich sichert die neue Bedarfsplanung nach §§ 12a ff. EnWG eine gute Ausgewogenheit zwischen privater Investitionsverantwortung und staatlicher Infrastrukturverantwortung, ohne in planwirtschaftliche Sphären abzudriften. Das „**Mehr**“ an Staat in der Netzausbauplanung ist beschränkt auf eine „**reaktive Korrekturfunktion**“ der **BNetzA** mit legitimationsstiftender Konsequenz. Die regelmäßige Befassung des Gesetzgebers stiftet zudem ein Höchstmaß an Legitimation und stellt zugleich sicher, dass die Konsequenzen des Umbaus der Energieversorgung auch bei den Parlamentariern ins Bewusstsein gerückt werden.

3. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

- 31 Bislang leidet die Bürgermitwirkung in Zulassungsverfahren daran, dass sie zu spät einsetzt und sich zudem auf ein fertiges Projekt bezieht.¹⁴ Funktional betrachtet hat die Öffentlichkeitsbeteiligung ihren Zweck in der Informationsbeschaffung für die Behörde und dem vorgezogenen Rechtsschutz Betroffener.¹⁵
- 32 Die erweiterten Beteiligungsrechte im Rahmen der Bedarfsplanung müssen vor dem Hintergrund der politischen Umstände zum Zeitpunkt der Entstehung des Gesetzes gesehen werden. Die **Diskussion um „Stuttgart 21“** hat im politischen Raum die Erkenntnis befördert, dass eine umfassende **Öffentlichkeitsbeteiligung** Voraussetzung für eine **Verbesserung der Akzeptanz**

¹⁴ Vgl. zu der Diskussion *Durner*, ZUR 2011, 354; *Dippel*, NVwZ 2010, 145; *Knauff*, DÖV 2012, 1; *Grigoleit/Janssen/Weisensee*, RaumPlanung 2011, 150 ff.; *Schink*, DVBl. 2011, 1377; *Kment*, RdE 2011, 345.

¹⁵ *Schink*, DVBl. 2011, 1383.

von Infrastrukturvorhaben ist.¹⁶ Dabei sollte insbesondere dem Aspekt der Frühzeitigkeit der Beteiligung Rechnung getragen werden. Beteiligung sollte nicht erst in einem Stadium stattfinden, in dem die konkrete Leitungsführung in der Raumordnung oder Planfeststellung ermittelt wird. Die Überlegung war, eine Beteiligung nicht nur erst im Stadium des „Wie“ sondern schon des „Ob“ zu ermöglichen. Ansonsten würde man wieder in das Dilemma der dena-Netzstudien hineinlaufen, die zwar von einer hohen technischen Expertise aufgestellt wurden, jedoch unter weitestgehendem Ausschluss der breiten Öffentlichkeit.

Ziel ist somit gewesen, durch eine Beteiligungsmöglichkeit bereits im Rahmen der Bedarfsplanung der **Öffentlichkeit** auch die Entscheidung über die Notwendigkeit von neuen Energieleitungen zugänglich zu machen. Die Erwartung ist, dass eine frühzeitige Mitwirkung auch die **Akzeptanz** der einmal getroffenen und als notwendig erachteten Infrastruktureinrichtung **verbessert**.

Die öffentliche Mitwirkung bei Entscheidung über die Notwendigkeit der Energieleitung wurde dabei noch einmal differenziert nach der **Konsultation** des **energiepolitischen Szenariorahmens** im ersten Schritt, und der Konsultation des Netzentwicklungsplans mit Anfangs- und Endpunkten für konkrete Leitungen im zweiten Schritt. Die Ermöglichung der Beteiligung bereits im Stadium der Szenarien ist entscheidend: Kaum ein energiepolitischer Bereich ist in den letzten Jahren umstrittener gewesen als die Zusammensetzung des Erzeugungsmixes, d.h. die jeweiligen Anteile von Erneuerbaren und konventionellen Erzeugungsbeiträgen im Rahmen des Kraftwerksparks. Die Konsultation des Szenariorahmens ermöglicht somit eine Mitwirkung – und damit auch Mitverantwortung – der Öffentlichkeit für die Bestimmung der Erzeugungsszenarien. Die Beteiligung der Öffentlichkeit in der Szenariofestlegung ist auch deshalb wichtig, weil das Szenario erhebliche Auswirkungen auf den anschließend zu ermittelnden Netzausbaubedarf hat. Das netztechnische Modell, in welches das Szenario zur Berechnung des Netzausbaubedarfs eingegeben wird, ist in seiner Ausgestaltung aufgrund der technischen Begebenheit relativ klar vorgegeben, so dass in diesem Punkt kaum Änderungsmöglichkeiten bestehen. Umso wichtiger erscheint die Öffentlichkeitsbeteiligung im Stadium der Szenariofestlegung. Die Erfahrung mit der Konsultation des ersten Szenariorahmens aus dem Jahr 2011 für den Netzentwicklungsplan 2022 zeigt, dass die Konsultation der Szenarien vor allem von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden, weniger jedoch von individuellen Personen, genutzt wurde. Das mag sich damit erklären, dass die Verbände in der Regel klare Positionen zu Fragen der energiepolitischen Szenarien haben und die Bedeutung dieser fundamentalen Eingangsfrage für den nachfolgenden Netzberechnungsprozess eher erkennen als individuelle Bürger. Die weniger ausgeprägte Beteiligung von Privatpersonen mag damit zusammenhängen, dass in diesem Stadium der Bedarfsplanung noch keine hinreichende individuelle Betroffenheit für den Einzelnen erkennbar ist.

Damit die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht zu einer formellen Pflicht ohne inhaltliche Auswirkungen auf die Netzentwicklungsplanung verkommt, ist sicherzustellen, dass die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation berücksichtigt werden müssen. Bei der Konsultation des Szenariorahmens durch die BNetzA ergibt sich dies aus §12a Abs. 3 EnWG. Bei der Konsultation des darauf folgenden Netzentwicklungsplans sind die Netzbetreiber verpflichtet, die Ergebnisse der Konsultation zu prüfen und ggf. umzusetzen („**Beachtungspflicht**“). Deshalb hat der Gesetzgeber die Netzbetreiber in §12b Abs. 4 EnWG verpflichtet, dem Netzentwicklungsplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen, wie die Ergebnisse der Beteiligung in dem Netzentwicklungsplan berücksichtigt wurden und unter welchen Prämissen der Netzentwicklungsplan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten entwickelt wurde.

Es darf nicht ausgeblendet werden, dass auf den ersten Blick ein **Zielkonflikt** zwischen **größerer Öffentlichkeitsbeteiligung** und einer **Verfahrensbeschleunigung** besteht.¹⁷ Jede zusätz-

¹⁶ Vgl. auch Innenministerium Baden-Württemberg, Bundesratsinitiative zur Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben, Pressemitteilung Nr. 80/2011 vom 1.3.2011.

¹⁷ Durner, DVBl. 2011, 858.

liche Konsultations- oder Beteiligungsebene bedeutet einen zusätzlichen zeitaufwendigen Verfahrensschritt. Andererseits wird vermutet, dass eben doch ein Zusammenhang zwischen der frühzeitigen Einbindung in eine Infrastrukturrentscheidung und deren Akzeptanz besteht. Eine breit angelegte Bedarfsplanung mit einer abschließenden Befassung des Gesetzgebers im Rahmen des Bundesbedarfsgesetzes sollte eine akzeptanzstiftende Wirkung für nachgelagerte Verfahrensstufen entfalten.

4. Transparenz der Bedarfsplanung

- 37 Die Forderung nach besserer Öffentlichkeitsbeteiligung geht Hand in Hand mit dem Bedürfnis nach höherer Transparenz. Ein **Mangel an Transparenz** hat im Energieleitungsbau – ebenso wie bei anderen aktuellen Infrastrukturvorhaben – den Argwohn der Öffentlichkeit gestärkt und die Akzeptanz gemindert. Nicht selten schwingen bei der vom Energieleitungsbau betroffenen Bevölkerung auch diffuse Vorurteile gegen profitorientierte EVU und Netzbetreiber mit. In dieser Wahrnehmung hätten diese Unternehmen kein Interesse an transparenter Offenlegung ihrer Netzrechnungen. Der Mangel an Transparenz ist Hauptgrund gewesen, warum die **Netzstudien der dena** trotz ihrer technischen Expertise nicht die nötige Zustimmung in der Öffentlichkeit erfahren haben. Dies ermöglichte anderen (vermeintlichen) Experten, die Ergebnisse dieser Studien in Zweifel zu ziehen und damit letztlich auch die zügige Realisierung von EnLAG-Leitungen zu unterminieren und zu verzögern.
- 38 Die neue Netzentwicklungsplanung trägt dem Bedürfnis nach Transparenz in zweifacher Hinsicht Rechnung: Zum einen ist der oben geschilderte Prozess der **Öffentlichkeitsbeteiligung** geeignet, durch eine hinreichende Offenlegung der einzelnen Schritte die Netzplanung für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu machen. Zum anderen soll eine **Offenlegung von Lastflussdaten** durch den Netzbetreiber grds. ermöglicht werden. Dabei tat sich im Gesetzgebungsverfahren ein Zielkonflikt auf: Einerseits sollte größtmögliche Transparenz zum Zwecke der Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden. Andererseits musste unter sicherheitspolitischen Erwägungen eine zu große Transparenz der Energieleitungen als kritischer Infrastruktureinrichtung vermieden werden. Dieser **Zielkonflikt** wurde dahingehend aufgelöst, dass die Herausgabe netzknotenpunktscharfer Einspeise- und Lastdaten an Dritte nur dann erfolgt, wenn eine entsprechende Fachkunde zur Überprüfung der Netzplanung und ein berechtigtes Interesse gegenüber der Regulierungsbehörde nachgewiesen werden kann und eine vertrauliche Behandlung der Informationen sichergestellt ist (§ 12f Abs. 2 EnWG).

5. Technologieoffenheit des Netzausbaus

- 39 Zuletzt ist die Frage der Übertragungstechnologie nicht selten Grund für Verfahrensverzögerungen. Das bezieht sich zum einen auf die immer häufiger auftretende Diskussion über das **Erdkabel** als die vorzugswürdige, weil die Bevölkerung vor Ort weniger beeinträchtigende Alternative. Zum anderen werden auch anderen Technologieoptionen, wie etwa der Einsatz der **Hochspannungsgleichstromübertragungstechnologie** (HGÜ) und **Hochtemperaturleiterseilen**, in den Genehmigungsverfahren von betroffenen Bürgern eingebracht nicht selten mit dem Ziel, damit die Entbehrlichkeit der Leitungen insgesamt nachzuweisen.
- 40 Vor dem Hintergrund bietet die EnWG-Novelle eine zusätzliche Einsatzmöglichkeit verschiedener Übertragungstechnologien. Beim Einsatz von Erdkabeln auf der 110 kV-Ebene wurde das Erdkabel zum Regelfall aufgewertet (§ 43h EnWG). Die Kostengrenze, die eine übermäßige Kostensteigerung im Vergleich zur Freileitung verhindern soll, wurde gelockert. Darüber hinaus soll der Einsatz der in Deutschland bisher nicht zum Einsatz gelangten HGÜ-Technologie im Rahmen von Pilotprojekten ermöglicht werden. Aufgrund ihrer technischen Vorteile bei Übertragungen über lange Distanzen werden der HGÜ-Technologie insbesondere vor dem Hintergrund eines europäi-

schen Stromnetzes große Potenziale vorausgesagt. Auch für den Abtransport von im Norden produziertem (Wind-)Strom in den Süden könnte diese Technologie zum Einsatz kommen. Deshalb hat der Gesetzgeber den Netzbetreiber verpflichtet, Angaben zu Einsatzmöglichkeiten dieser Technologien zu machen. Als Folge dessen haben die ÜNB in ihrem ersten Entwurf für einen Netzentwicklungsplan die Realisierung mehrerer „Nord-Süd-HGÜs“ vorgesehen.

Hinsichtlich des Einsatzes von Erdkabeln auf der 380 kV-Ebene bleibt es vorerst bei den vier Pilotprojekten des EnLAG. Der Gesetzgeber wollte den Einsatz von Erdkabeln auf der Höchstspannungsebene ausweislich der Gesetzesbegründung zur Änderung des EnLAG abschließend regeln. Hintergrund ist, dass mit der Technologie und ihren Betriebseigenschaften zunächst Erfahrungen gesammelt werden sollen. Allerdings hat der Gesetzgeber eingeräumt, dass ein mögliches HGÜ-Pilotprojekt ebenfalls teilverkabelt werden könnte (§ 12e Abs. 3 EnWG). 41

V. Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2011

Das NABEG ist das jüngste und wohl weitreichendste Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus.¹⁸ Es wurde zwar innerhalb des nur dreimonatigen Zeitraums zwischen dem Reaktorunfall in Fukushima und dem Ablauf des Kernkraftwerk-Moratoriums angefertigt, konnte aber konzeptionell auf Vorarbeiten des Bundeswirtschaftsministeriums zurückgreifen. Im Grunde ist das NABEG die Konkretisierung der bereits im **Energiekonzept 2010** angekündigten **Bundesfachplanung**.¹⁹ 42

1. Problemanalyse am Ausgangspunkt des NABEG

Die Entwicklung der letzten Jahre hatte gezeigt, dass es bei der Realisierung vieler Leitungsprojekte insbesondere auf der Höchstspannungsebene zu erheblichen **Verzögerungen** kommt. Ungeachtet einer etwaigen Ursachenforschung muss Folgendes konstatiert werden: 43

- Die **zeitliche Dauer der Genehmigungsverfahren** ist enorm. Raumordnungsverfahren dauern bis zu 27 Monate; die Vorbereitung von Planfeststellungsverfahren kann mehr als vier Jahre betragen, ohne dass das eigentliche Planfeststellungsverfahren überhaupt begonnen hat.
- Es existiert eine **unterschiedliche Handhabung der einschlägigen Gesetze** (EnWG, VwVfG etc.) durch unterschiedliche Verwaltungsvorschriften und tatsächliches Verwaltungshandeln. Richtig ist zwar, dass die gesetzlichen Vorgaben bereits vor dem NABEG einheitlich gewesen sind. Gemäß § 1 Nr. 14 RoV ist für die Errichtung von Hochspannungsfreileitungen mit einer Nennspannung von 110 kV oder mehr zunächst ein Raumordnungsverfahren nach § 15 ROG durchzuführen.²⁰ Auch unterliegen diese Leitungen bereits seit 2001 einem Planfeststellungsvorbehalt nach § 43 EnWG. Gemeint ist der Duktus eines „Flickenteppichs“ somit nicht in Bezug auf die Existenz formalrechtlicher Vorschriften,²¹ sondern in der genehmigungsrechtlichen Praxis bei der Anwendung der Vorschriften.
- Es besteht ein **Mangel an Koordinierung** und Abstimmung bei länderübergreifenden Projekten und den dazugehörigen Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren; Verzögerungen resultieren aus fehlender Synchronisierung der Verfahren in den jeweiligen Bundesländern.

¹⁸ Das NABEG ist das „Kerngesetz“ des Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze, BGBl. 2011, Nr. 43, S. 1690.

¹⁹ Bundesregierung, Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, 28.9.2010, S.19.

²⁰ Dazu etwa ARL/Höhnberg, S. 501ff.

²¹ Vgl. Durner, DVBl. 2011, 855.

- Die **fehlende Akzeptanz** des Leitungsbaus schlägt sich nieder in einer hohen Zahl von Einwendungen in den Verfahren, in „Gutachterschlachten“, in Technologiediskussionen in den Verfahren.
- 44 Neben diesen Problemen, die sich meist aus den Friktionen insbesondere bei länderübergreifenden Projekten ergeben, liegt in den **Widerständen vor Ort** eine strukturelle Ursache für die Verzögerungen im Leitungsbau. Die Genehmigungspraxis zeigt, dass sich lokale und regionale Widerstände nicht selten auch durch den politischen Raum verzögernd auf die Genehmigungsverfahren auswirken. Aufgrund der lokal- und landespolitischen Gegebenheiten ist es in der Vergangenheit häufig zu Einflussnahmen übergeordneter Landesministerien auf den formal von untergeordneten Raumordnungs- und Planfeststellungsbehörden durchgeführten Prozess gekommen. Dies kann beispielsweise in Form von Anforderungen zusätzlicher Gutachten über die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit einer Leitung oder die Anweisung erfolgen, Planfeststellungsanträge gar nicht erst zur Verfahrenseröffnung anzunehmen.
- 45 Aufgrund der Nähe zu den lokalen Betroffenheiten (Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Nachteile für den Tourismus) ist das Potenzial für eine „**Politisierung**“ der Verfahren groß. So sind in der Vergangenheit ebenfalls Verzögerungen zu beobachten gewesen, z.B. aufgrund einer zeitlichen Nähe zu Kommunal- oder Landtagswahlen oder weil neue (landes-)gesetzliche Regelungen erwartet wurden, von denen sich Betroffene eine andere Entscheidung erwartet haben. Landespolitische Interessen sind nur selten auf eine zügige Realisierung einer Stromleitung gerichtet, wenn dabei lokal Beeinträchtigungen hingenommen werden müssen.
- 46 Durch die Hochzonung auf Bundesebene und Zuweisung der Zuständigkeit für Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren an die **BNetzA** sinkt das Risiko, dass sich lokale und regionale Widerstände durch politische Einflussnahme auf das Verfahren verzögernd auswirken. Die BNetzA wird eine höhere **Unabhängigkeit von regionalpolitischen Gegebenheiten** aufweisen und sich für die überregionalen Projekte, die für die Stromversorgung der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung sind, maßgeblich von der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und nicht von lokalen Meinungsströmungen leiten lassen.

2. Reformansatz der Bundesfachplanung und Planfeststellung

- 47 Vor dem Hintergrund obiger Problemanalyse sieht das NABEG eine einheitliche **Bundesfachplanung** und **Bundesplanfeststellung** durch die BNetzA vor. Die Bundesfachplanung erfolgt auf Grundlage des zukünftig vom Bundestag im Bundesbedarfsplangesetz festgestellten Netzausbaubedarfs. Im **Bundesbedarfsplangesetz** stellt der Bundestag den Bedarf an Vorhaben im Übertragungsnetz fest und bestimmt die **länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Leitungen**, die im Rahmen der Bundesfachplanung genehmigt werden.
- 48 Die Zuständigkeit für die BNetzA ist auf länderübergreifende und grenzüberschreitende Leitungen beschränkt. Im Entwurf des NABEG, wie er dem Bundesrat zugeleitet wurde,²² waren in § 12e EnWG für den Bundesbedarfsplan und in § 1 nicht „länderübergreifende“ Leitungen, sondern Leitungen von überregionaler und europäischer Bedeutung Gegenstand der Kennzeichnung und des Geltungsbereichs. Der erweiterte Anwendungsbereich scheiterte am **Widerstand der Länder** im Gesetzgebungsverfahren. Als Folge des politischen Kompromisses bleiben die Länder für den Großteil der Leitungsprojekte zuständig. Das gilt für jene Projekte, die eben nicht länderübergreifender oder grenzüberschreitender Natur sind. Für die Genehmigungsverfahren von Hochspannungsleitungen auf der 110 kV-Ebene, für die ebenfalls erheblicher Ausbaubedarf

²² BR-Drucks. 342/11.

erwartet wird, verbleibt die Zuständigkeit ohnehin bei den Ländern. Mithin führen die Länder weiterhin die überwiegende Anzahl der Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren durch.

Folgende Eckpfeiler bildeten das Konzept für den Entwurf des NABEG:

49

- Die bundeseinheitliche Bundesfachplanung und Planfeststellung gewährleistet **einheitliche Planungsmaßstäbe** für die Vorhabenträger. Eine einheitliche Rechtsanwendung bei großen Stromleitungen durch eine Bundesbehörde schafft Verfahrenserleichterungen beim Vorhabenträger durch Klarheit der Verfahrensanforderungen, reduziert den Aufwand an Bürokratie durch einheitliche Standards und die Schaffung eines „**Single-Contact-Point**“ für die Vorhabenträger. Dadurch werden Zuständigkeiten gebündelt.
- Durch eine „**Behördenidentität**“ **zwischen Raumordnungs- und Planfeststellungsbehörde** muss eine bessere Abschtung zwischen Prüfschritten auf der Raumordnungs- und Planfeststellungsebene gewährleistet werden. Außerdem ermöglicht eine Zuweisung der Aufgaben an die BNetzA die Schaffung von Synergien mit der vorgeschalteten Netzbedarfsplanung und dort stattfindenden Öffentlichkeitsbeteiligungen.
- **Größtmögliche Mitwirkung der Länder** sowohl im Verfahren zur Festlegung der Trassenkorridore (Bundesfachplanung) als auch bei der Bundesplanfeststellung durch (i) ein Vorschlagsrecht bei der Auswahl von Trassenkorridoren (§ 7 Abs. 3 NABEG), (ii) eine Berücksichtigungspflicht der Landesentwicklungspläne durch die BNetzA (§ 7 Abs. 1 S. 2 NABEG), (iii) ein privilegiertes Einwendungsrecht der Länder (§ 14 NABEG), (iv) Einrichtung eines Beirats mit Vertretern der Länder zur Begleitung der Bundesfachplanung (§ 32 NABEG).
- Verzahnung zwischen Bedarfsplanung, Genehmigung und Regulierung im Sinne eines **kohärenten Systems**. Diese Verzahnung gewährleistet einen zügigen Expertiseaufbau bei der BNetzA, der sie auch in eine privilegierte Position gegenüber Länderbehörden versetzt. Denn die BNetzA begleitet das Verfahren kontinuierlich. Während der Konsultationsphasen zur Szenarioaufstellung und des Netzentwicklungsplans nach §§ 12a und b EnWG kann die BNetzA relevante Erkenntnisse für das sich anschließende Bundesfachplanungsverfahren gewinnen. Zu Beginn der Bundesfachplanung hat sie sich bereits eingehend mit den Vorschlägen der ÜNB sowie den Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit mehrfach auseinandergesetzt.²³ Zudem kann die BNetzA auch innerbehördlich eine enge Abstimmung des Planungs- und Genehmigungsprozesses hinsichtlich der regulatorischen Anforderungen an einen effizienten Netzausbau gewährleisten.
- Angemessene **Öffentlichkeitsbeteiligung** und Beteiligung der Fachöffentlichkeit in früher Phase des Genehmigungsverfahrens. Insoweit folgt das NABEG der „Beteiligungsfreundlichkeit“ des Verfahrens zur Aufstellung des Netzentwicklungsplans nach EnWG im Sinne einer Verbesserung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist im Raumordnungsverfahren bisher bundesrechtlich nur fakultativ vorgesehen (§ 15 Abs. 3 S. 3 ROG), einige Länder schreiben sie aber verbindlich vor. Nach NABEG soll die Beteiligung in zwei Phasen erfolgen. Vor der Vorlage der vollständigen Planunterlagen soll im Rahmen der Antragskonferenz eine Art Vorerörterung stattfinden (§ 7 Abs. 1 NABEG). Hier besteht zunächst für die breite Öffentlichkeit die Möglichkeit, an den Vorhabenträger Fragen zu richten und mögliche Alternativen aufzuzeigen. Ebenso soll hier schon eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Länder und ein erster Abgleich mit den Erfordernissen der Raumordnung der Länder stattfinden. Erst aufgrund dieser ersten Interaktion des Vorhabenträgers mit den Ländern und der Öffentlichkeit legt die BNetzA den konkreten Untersuchungsrahmen der Bundesfachplanung fest. Auch im Planfeststellungsverfahren wird zu Beginn eine Antragskonferenz durchgeführt (§ 20 Abs. 1 S. 2 NABEG), die sich auf alle für das Feststellungsverfahren erheblichen Fragen erstreckt.

²³ Schmitz/Jornitz, NVwZ 2012, 334.

- Möglichkeiten, in **vereinfachten Verfahren** solche Vorhaben, die keine neuen Umweltauswirkungen oder raumordnerischen Beurteilungen bedürfen, z.B. weil in Bestandstrassen geplant wird, werden ausgeschöpft (§ 11 NABEG).
- Hinsichtlich einer Ausschöpfung des Beschleunigungspotenzials müssen auch **materielle Vorschriften** angepasst werden. Die Bedeutung des Netzausbaus im Interesse des globalen Klimaschutzes muss unter Wahrung der europarechtlichen Vorgaben ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Hierzu bedarf es gesetzlicher Klarstellungen, um den Planungsbehörden eine rechtssichere Abwägung zu ermöglichen (§ 1 S. 3 NABEG).
- Verpflichtung der Vorhabenträger (ÜNB) zu größtmöglicher **aktiver Mitwirkung** an Planung und Realisierung, einschließlich Fristsetzungen und Zwangsmaßnahmen durch die BNetzA (§ 34 NABEG).

50 Bei der konzeptionellen Ausgestaltung von Bedarfsplanung, Bundesfachplanung und Planfeststellung hat das **Sondergutachten 2011 des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU)** einen bedeutsamen Orientierungspunkt für die Gesetzesarbeiten geboten.²⁴ Der SRU-Ansatz beruht auf einer **zweistufigen** Fachplanung: Unter Verzicht auf ein separates Raumordnungsverfahren soll ein zentral aufgestellter Bundesfachplan „Stromübertragungsnetz“ den Bedarf und die Trassenkorridore verbindlich festlegen und Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf großräumige Alternativen sowie zwischen Freileitungen und Erdkabeln treffen. Die Prüfung kleinräumiger Alternativen soll im zweiten Schritt wie bisher in der Planfeststellung stattfinden.²⁵

51 Nach Vorstellungen des Sachverständigenrats sollten in dem Bundesfachplan „Übertragungsnetz“ Bedarfsfeststellung, Trassenkorridorfestlegung und Alternativendebatte integriert werden.²⁶ Die Bedarfsfeststellung sollte dabei an die Investitionspläne der Netzbetreiber anknüpfen. Eine Kompetenz des Bundes zur Erstellung des Bundesfachplans wurde vom SRU-Gutachten als essenziell angesehen, um die großräumigen Wechselwirkungen bei der Bedarfsfestlegung und Trassenfindung optimal zu verarbeiten.

52 Das im EnWG und NABEG entwickelte Modell greift den SRU-Ansatz dem Grunde nach auf. Allerdings wird keine integrierte Bedarfsfeststellung und Trassenkorridorfindung unternommen, so dass das Verfahren letztlich **dreistufig** ist (**Bedarfsplan, Bundesfachplanung, Planfeststellung**). Auch wird die Bedarfsplanung als separates und vorgelagertes Verfahren maßgeblich durch Netzbetreiber und BNetzA betrieben. Die Gründe zur Trennung von Bedarfsplanung und Bundesfachplanung – entgegen der Anregung des SRU-Gutachtens – waren vielfältig: Erstens hätten durch das dann deutlich zeitaufwendigere Verfahren die europarechtlichen Vorgaben für eine jährliche Aufstellung des Netzentwicklungsplans nicht umgesetzt werden können. Zweitens wäre der EnLAG-Ansatz mit der parlamentarischen Bedarfsfeststellung nicht mehr möglich gewesen. Eine Parlamentsbefassung, die zeitlich nach Ermittlung des Trassenkorridors stattfindet, erscheint hingegen unter Legitimationsgesichtspunkten zu spät, weil die Anordnung des vorrangigen Bedarfs schon für die Bundesfachplanung erforderlich ist. Drittens bestand aufgrund umweltrechtlicher Vorgaben das Erfordernis, dass sowohl der Bedarfsplan als auch die Korridorfestlegung einer SUP zu unterziehen sind. Viertens hätte mit dem SRU-Ansatz nicht praktikabel erreicht werden können, dass die Bundesfachplanung die individuellen Leitungsprojekte sukzessive nach dem Grad ihrer zeitlichen Priorität bearbeiten sollte. Bei einem integrierten Verfahren hätten für alle Leitungen des Bedarfsplans gleichzeitig die Korridorauswahl stattfinden müssen, was auch schon ressourcentechnisch unrealistisch erschien. Unterm Strich erschien ein dreistufiges Verfahren vorzugswürdig.

²⁴ Schneider, S. 57 ff.

²⁵ Schneider, S. 61.

²⁶ Schneider, S. 57.

Das Konzept der **Öffentlichkeitsbeteiligung** des NABEG hat als Inspirationsquelle auch das **Schweizer Vorbild** herangezogen. Im Schweizer Planungsverfahren für Stromleitungen existieren im Planungsprozess zwei Gruppen zum Zwecke einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den vom Netzausbau betroffenen Akteuren, insbesondere von Kantonen, Netznutzern, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden sowie Netzbetreibern. Unterschieden wird in der Schweiz zwischen einer kontinuierlich bestehenden Kerngruppe und projektbezogenen Begleitgruppen.²⁷ Im NABEG wurde letztlich auf die projektbezogenen Begleitgruppen verzichtet, weil die Einbindung der Akteure durch Antragskonferenz (§ 7 Abs. 1 NABEG), Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 9 NABEG) und Erörterungstermin (§ 10 NABEG) anderweitig und in Anlehnung an deutsche Beteiligungsformen gewährleistet wurde. Aufgegriffen wurde hingegen eine Form der institutionalisierten Zusammenarbeit der Akteure, um eine auf Dauer angelegte Zusammenarbeit und einen intensiven Informationsaustausch insbesondere zwischen Bund und Ländern zu ermöglichen. Es wird ein ständiger Bundesfachplanungsbeirat gebildet, in dem neben Vertretern der BNetzA auch Vertreter der Länder und der Bundesregierung sitzen werden (§ 32 NABEG).

VI. Europarechtlicher Rahmen zum Netzausbau

Europarechtliche Vorgaben haben den Netzausbau zuletzt stark beeinflusst. Ausgangspunkt für die EnWG-Novellierung war die Umsetzung des **Dritten EU-Binnenmarktpakets**. Bestandteil der entsprechenden RL 2009/72/EG und RL 2009/73/EG waren die Vorgaben zu den nationalen 10-jährigen Netzentwicklungsplänen, die in §§ 12a ff. EnWG umgesetzt wurden. Außerdem wurde das Thema Netzausbau von der Europäischen Kommission durch ihr im Oktober 2011 im Rahmen des **Infrastrukturpakets** vorgelegten Entwurf einer EU-Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur aufgegriffen.²⁸ Sollte der Entwurf unmittelbar wirksame Rechtskraft erlangen, würden Deutschland daraus weitreichende Konsequenzen bevorstehen.

Der VO-Entwurf orientiert sich stark am **Konzept des NABEG**. Ziel ist der beschleunigte Ausbau einer transeuropäischen Energieinfrastruktur. Zu den vorrangigen Vorhaben von gemeinsamem Interesse zählt die Kommission Infrastrukturkorridore und -gebiete, die überwiegend einen grenzüberschreitenden Charakter haben und die die Realisierung des Energiebinnenmarktes voranbringen sollen. Zentrales Anliegen des Verordnungsentwurfs ist die Einführung eines „**one-stop-shop**“, also eine einzige zuständige nationale Behörde, die für die Koordinierung des gesamten Genehmigungsverfahrens zuständig sein soll. Das deutsche Genehmigungsverfahren kennt dies bereits durch die Genehmigungskonzentration im Rahmen der Planfeststellung, doch geht der europäische Ansatz wohl darüber hinaus und will auch die bisherige sukzessive Folge von Raumordnung und Planfeststellung aufheben. Hierzulande hat das NABEG die Entscheidung für eine nationale Behörde zugunsten der BNetzA geschaffen. Darüber hinaus könnte bei einem entsprechenden Inkrafttreten der VO auch erheblicher Druck auf das Zustandekommen der Verordnung über die Zuständigkeit bei den Planfeststellungsverfahren nach §§ 31 Abs. 2, 2 Abs. 2 die Folge sein. Denn ein „one-stop-shop“ ist nur möglich, wenn sowohl Bundesfachplanung als auch Planfeststellungsverfahren aus einer Hand betrieben werden.

Der **Anwendungsbereich** des Entwurfs geht über das NABEG hinaus, da er sich auch auf Hochspannungsfreileitungen erstreckt, sofern die für eine Spannung von 220 kV ausgelegt wurden sowie für See- und Erdkabel mit einer Mindestspannung von 150 kV. Die konkreten Leitungen müssen in regionalen Gruppen noch identifiziert werden: Als Auswahlkriterien für Vorhaben von

²⁷ *Schneider*, S. 41f.

²⁸ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG, KOM (2011) 658 v. 19.10.2011.

gemeinsamem Interesse werden im Verordnungsentwurf recht vage Marktintegration, Wettbewerb und Netzflexibilität sowie Nachhaltigkeit und Interoperabilität mit sicherem Netzbetrieb umschrieben (Art. 4 Abs. 2 VO-E). Es ist nicht ausgeschlossen, dass – wenn die Verordnung erlassen wird – die Zuständigkeit für deutlich mehr Leitungsprojekte als bisher im NABEG vorgesehen auf eine zentrale nationale Behörde zu übertragen ist.²⁹

- 57 Zu den unrealistischen Elementen des Verordnungsentwurfs, die von den EU-Mitgliedstaaten opponiert werden, gehören die in der Verordnung avisierten **Fristenregelungen** für die Durchführung des Verfahrens. Nach dem Entwurf gliedert sich das Verfahren in zwei Phasen. Das Vorantragsverfahren bis zur Einreichung der Antragsunterlagen soll maximal zwei Jahre dauern. Das anschließende formale Genehmigungsverfahren soll höchstens ein Jahr dauern und mit einer umfassenden Entscheidung enden. Es ist nicht erkennbar, inwiefern diese Zeitvorgaben auf die tatsächlichen Sach- und Rechtslagen in den Mitgliedstaaten Rücksicht nimmt. Trotz der Beschleunigungsabsicht des NABEG ist jedenfalls nicht davon auszugehen, dass eine Durchführung sowohl des Bundesfachplanungs- als auch des Planfeststellungsverfahrens binnen Jahresfrist nach Verfahrenseröffnung durch die BNetzA oder die zuständige Landesbehörde durchgeführt werden kann.

VII. Verfassungsmäßigkeit des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes

1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes

- 58 Während³⁰ und nach Abschluss³¹ des Gesetzgebungsverfahrens ist die Kompetenz des Bundes für die im NABEG geregelten Materien in Frage gestellt worden. Keines der vorgebrachten Argumente kann die Verfassungskonformität des NABEG nachhaltig in Zweifel ziehen.
- 59 Das NABEG ist ausschließlich Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG. Dieser Kompetenztitel scheint zumindest insoweit unumstritten zu sein, als die Regelungen zum Planfeststellungsverfahren (§§ 18ff. NABEG) betroffen sind.³² In Bezug auf die Bundesfachplanung (§§ 4ff. NABEG) wird hingegen vorgebracht, dass der Gesetzgeber inhaltlich-materiell das **Raumordnungsverfahren** regelt und er sich deshalb auf einen Kompetenztitel zur Ausgestaltung des Raumordnungsverfahren hätte stützen müssen. Dem Gesetzgeber wird mit anderen Worten eine Art „Etikettenschwindel“ vorgeworfen: Der Gesetzgeber habe in §§ 4ff. ein Abstimmungsverfahren geregelt, welches die wesentlichen Elemente des Raumordnungsverfahrens trägt, gleichwohl aber als **„Bundesfachplanung“** benannt wird.³³ Schließlich sei es dem Gesetzgeber darum gegangen, die Abweichungskompetenz der Länder nach Art. 74 Abs. Nr. 31 GG i.V.m. Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG zu umgehen.
- 60 In der Tat umfasst die Bundesfachplanung auch **raumordnerische Belange**, weil sie auch die Raumverträglichkeitsprüfung beinhaltet (§ 5 Abs. 1 S. 2 NABEG) und substituierende Wirkung für ein Raumordnungsverfahren hat (§ 28 NABEG). Außerdem entfalten die Ergebnisse der Bundesfachplanung ebenso wie die Raumordnungsprüfung gegenüber dem Vorhabenträger und gegenüber Einzelnen keine unmittelbare Rechtswirkung und ersetzen nicht die Entscheidung über die Zulässigkeit der Ausbaumaßnahme (§ 15 Abs. 3 S. 1).
- 61 Allerdings bildet die Bundesfachplanung aufgrund ihrer engen Verzahnung mit dem späteren Planfeststellungsverfahren ein **„aliud“** im Vergleich zum Raumordnungsverfahren. Die Er-

²⁹ Dazu *Schmitz/Jornitz*, NVwZ 2012, 332 ff.

³⁰ *Durner*, DVBl. 2011, 853; *Mikesic/Strauch*, RdE 2011, 347.

³¹ *Erbguth*, NVwZ 2012, 329; *Moench/Rutloff*, NVwZ 2011, 1041; vgl. auch *Appel*, UPR 2011, 410; *Wagner*, DVBl. 23/2011, 1456.

³² Siehe doch zur Frage der VO-Ermächtigung unten Rn 70.

³³ *Erbguth*, NVwZ 2012, 329; *Moench/Rutloff*, NVwZ 2011, 1041.

gebnisse der Bundesfachplanung sind im späteren Planfeststellungsverfahren nicht nur zu berücksichtigen, sondern vielmehr diesem zu Grunde zu legen (§ 15 Abs. 1 S. 1 NABEG). Diese Rechtsfolge wird nicht zuletzt dadurch abgesichert, dass die BNetzA möglicherweise für die Durchführung beider Verfahren zuständig ist. Die Bundesfachplanung stellt insofern die Raum- und Umweltverträglichkeit der Trassenkorridore verbindlich für das Planfeststellungsverfahren fest. Besonders deutlich wird diese **enge Verzahnung** zwischen **Bundesfachplanung** und **Planfeststellung** auch durch die Befugnis der BNetzA, dem ÜNB nach Abschluss der Bundesfachplanung eine angemessene Frist für die Antragstellung der Planfeststellung zu setzen (§ 12 Abs. 2 S. 2 NABEG).

Außerdem sind die Ergebnisse von Raumordnungsverfahren nur „Erfordernisse der Raumordnung“ im Sinne des § 3 Abs. 1 S.1 ROG, die lediglich dem Berücksichtigungsgebot des § 4 Abs. 1 S. 1 ROG unterfallen und im Planfeststellungsverfahren von der Behörde bei konfligierenden Interessen „weggewogen“ werden können.³⁴ Zudem hat die Bundesfachplanung im Vergleich zum Raumordnungsverfahren ein **erweitertes Prüfprogramm**, da die Bundesfachplanung nach § 5 Abs. 1 S. 2 NABEG eine umfassende Abwägung mit allen betroffenen privaten und öffentlichen Belangen erfolgt, wohingegen die Raumordnungsprüfung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 ROG auf die Auswirkungen auf raumbedeutsame Belange beschränkt bleibt. Im Ergebnis kombiniert die Bundesfachplanung **Elemente der Linienführung** mit fachplanerischen Elementen und entzieht sie somit der Zuordnung zum Raumordnungsverfahren. Die Bundesfachplanung ist daher ein auf Höchstspannungsleitungen begrenztes, fachplanerisches Verfahren sui generis.

Vorausgesetzt, man hält entgegen der hier vertretenen Auffassung eine Raumordnungs-Kompetenz des Bundes für erforderlich, wäre bei den hier in Rede stehenden länderübergreifenden oder grenzüberschreitenden von einer ungeschriebenen („ausschließlichen“) und abweichungsfesten Bundesraumordnungs-Kompetenz kraft Natur der Sache auszugehen.³⁵

Kaum Widerspruch hat hingegen das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. 72 Abs. 2, 74 Abs. 1 Nr. 11 GG hervorgerufen, wonach das Gesetzgebungsrecht nur besteht, wenn und soweit eine **bundesgesetzliche Regelung erforderlich** ist. Beim EnLAG haben in Bezug auf das EnLAG diese Vorschriften deutlich mehr Anlass zur Diskussion gegeben.³⁶ In Bezug auf das NABEG sind die Ausführungen der Gesetzesbegründung überzeugend. Angesichts der gesellschaftspolitischen Tragweite und bundesweiten Auswirkungen der Energiewende ist ein gesamtstaatliches Interesse an einer bundesgesetzlichen Regelung kaum von der Hand zu weisen. Insbesondere mit Blick auf regionale Entzerrung von Stromerzeugung und Verbrauch werden regionale Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen immer mehr aufgebrochen und müssen in einem gesamtstaatlichen Zusammenhang gesehen werden. Der engpassfreie Stromtransport innerhalb Deutschlands ist insbesondere eine Voraussetzung für die Integration des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Unterschiedliche Entwicklungen der Versorgungsstrukturen aufgrund der **Uneinheitlichkeit des regionalen Netzausbaus** würden erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft mit sich bringen. Eine bundesgesetzliche Regelung ist zur Wahrung der Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich.

Der engpassfreie Transport innerhalb Deutschlands ist Voraussetzung für die Integration des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen und damit der angestrebten Energiewende sowie der Erreichung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Klimaziele der EU. Mangelnder Ausbau führt zu ungewollten physikalischen Flüssen des Windstroms in die europäischen Nachbarländer und führt dort zu Gegenreaktionen. Damit wird die Integration des Energiebinnenmarktes beeinträchtigt. Daraus ergibt sich das **gesamtstaatliche Interesse an einem**

³⁴ Appel, UPR 2011, 410; dazu auch BVerwG UPR 1995, 448.

³⁵ So auch Wagner, DVBl. 2011, 1456; Sondergutachten SRU, S. 309; differenzierter Mikesic/Strauch, RdE 2011, 348 ff.; vgl. auch Appel, UPR 2011, 410.

³⁶ Vgl. dazu Kommentierungen zu Teil 3 EnLAG, Rn 57 ff.

bundesweit einheitlichen Verfahren für die Stromtransportleitungen von überregionaler und europäischer Bedeutung.

- 66 Aus ähnlichen Gründen ist eine bundesgesetzliche Regelung auch zur **Wahrung der Rechtseinheit** im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Das NABEG regelt die Genehmigungsverfahren für Leitungsprojekte von überregionaler Bedeutung. Für eine angemessene Ausstattung mit Energieleitungen mit überregionaler Bedeutung ist es daher erforderlich, dass unter einheitlichen rechtlichen Bedingungen geplant werden kann. Ein „Flickenteppich“ gesetzlicher Vorschriften oder administrativer Praktiken wäre ein Risiko für den rechtssicheren Ausbau der überregionalen Energieversorgung.
- 67 Verfassungsrechtliche Fragen warf im Gesetzgebungsverfahren das ursprüngliche Vorhaben auf, das wie im EnLAG eine **Rechtswegverkürzung** der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum BVerwG eingeführt werden könnte. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken auf Grundlage des **Bestimmtheitsgebots** war das nicht möglich. Denn zum Zeitpunkt der Verabschiedung des NABEG können keine knotenscharfen Leitungen (wie im Bedarfsplan des EnLAG) bestimmt werden, sondern nur ein pauschaler Verweis auf die zukünftig im Bundesbedarfsplan vom Gesetzgeber identifizierten Leitungen. Eine Rechtswegverkürzung durch einen pauschalen Verweis auf das Bundesbedarfsplangesetz genügt indes nicht dem Grundsatz hinreichender Bestimmtheit. Da der Gesetzgeber trotzdem das Potenzial der Rechtswegverkürzung zum BVerwG ausschöpfen will, hat er in der Gesetzesbegründung bereits die Rechtswegverkürzung für das erste Bundesbedarfsplangesetz angekündigt.³⁷

2. Vollzugskompetenz des Bundes

- 68 Die Übertragung der Vollzugskompetenz an die BNetzA durch die Erweiterung des Mandats zur Durchführung von Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren wird auf Art. 86, 87 Abs. 3 S. 1, 1. Alt. GG (bundeseigene Verwaltung) gestützt. Danach können Aufgaben auf schon bestehende Verwaltungseinrichtungen des Bundes übertragen werden.
- 69 Dieser Kompetenztitel wird in der Literatur teilweise mit dem Argument bestritten, dass die Länder besser in der Lage wären, den „**kleinteilig-örtlichen Bezug**“ sicherzustellen mit der Folge, dass eine Eignung zur zentralen Wahrnehmung dieser Aufgabe per se ausgeschlossen sei.³⁸ Richtig ist, dass es in den Planverfahren um einen räumlichen Ausgleich geht und parallel laufende Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie konfligierende Raumnutzungsinteressen lokal und regional in Einklang gebracht werden müssen. Allerdings widerspricht das Gleichsetzen von lokaler Betroffenheit und dezentraler Genehmigungszuständigkeit dem Ansatz des BVerfG. Dieses stellt nicht auf die abstrakt-generelle Eignung einer Aufgabe zur zentralen Erledigung ab, sondern prüft vielmehr in tatsächlicher Hinsicht, ob die betroffene Aufgabe von der Bundesoberbehörde tatsächlich zentral ohne Verwaltungsunterbau wahrgenommen wird oder ob eine Umgehung des Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG durch Schaffung eines Verwaltungsunterbaus erfolgt.³⁹ Darauf deutet nach gegenwärtiger Lage nichts hin. Die BNetzA kann sich der relevanten Landesbehörden zumindest im Wege der **Amtshilfe** bedienen.⁴⁰ Außerdem spricht einiges dafür, dass die BNetzA zur Bewältigung des „kleinteilig-örtlichen Bezugs“ in der Lage sein wird, auch wenn dies im Gesetzgebungsverfahren von den Ländern vehement bestritten wurde. Die BNetzA wird ihre Planfeststellungsverfahren in der Fläche durchführen, ohne dass die Beteiligungsrechte der Bürger verkürzt werden. Entscheidend ist, dass die zuständige Bundesbehörde eine Präsenz in der Fläche gewährleisten kann. Dies ist im Fall der BNetzA mit **insgesamt 47 Außenstellen** und Standorten der Fall.

³⁷ Gesetzesbegründung BT-Drucks. 17/6073, S. 2; vgl. Kommentierung zu § 12e EnWG.

³⁸ Moench/Ruttloff, NVwZ 2011, 1041; Steinberg, FAZ vom 27.6.2011, S. 10; so wohl auch Erguth, NVwZ 2012, 330.

³⁹ BVerfG NVwZ 2009, 175.

⁴⁰ Appel, UPR 2011, 412.

3. Verfassungsmäßigkeit der VO-Befugnis zur Übertragung der Planfeststellungszuständigkeit

Die Übertragung der Planfeststellungskompetenz gem. § 2 Abs. 2 NABEG auf die BNetzA – wohl der größte **Streitpunkt im Gesetzgebungsverfahren** zwischen Bund und Ländern – wird von dem institutionellen Gesetzesvorbehalt nach Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG im Einklang mit der Rechtsprechung des BVerwG gedeckt.⁴¹ Als problematischer erwies sich im Gesetzgebungsverfahren hingegen der Wesentlichkeitsgrundsatz: Danach ist dem Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG ein **Delegationsverbot** zu entnehmen, wenn die demokratische Legitimation des Gesetzgebers erforderlich ist, um eine für das Gemeinwesen und insbesondere für die Grundrechtsausübung wesentliche Entscheidung im normativen Bereich zu regeln. Ein solcher Parlamentsvorbehalt wird bei Regelungen im verwaltungsorganisatorischen Bereich etwa bei erheblichen Einwirkungen auf die Verfahrensrechte der Beteiligten angenommen.⁴² Deshalb mussten im Gesetzgebungsverfahren ursprüngliche Überlegungen verworfen werden, wonach die NABEG-Regeln zu Planfeststellungsverfahren nur für die im Wege der Verordnung auf die BNetzA übertragenen Planfeststellungsverfahren gelten sollten, während auf die weiter von den Ländern planfestzustellenden Leitungen allein die §§ 43ff. EnWG Anwendung finden sollten. Diese „Diskriminierung“ wäre auf unterschiedliche Planfeststellungsverfahren zwischen Bund- bzw. Länder-Planfeststellungsverfahren hinausgelaufen, was eine unterschiedliche Grundrechtsbetroffenheit bei den Beteiligten zur Folge gehabt hätte. Denn der Ordnungsgeber hätte in diesem Fall die „wesentliche“ Entscheidung treffen können, für welche Leitungen ein bestimmter Verfahrenstandard (entweder nach EnWG oder nach NABEG) greift und für welche Leitungen nicht. Dies wäre einer Entscheidung über das „Ob“ des Verfahrensstandards gleichgekommen. Um die verfahrensmäßigen Rechte der Beteiligten unabhängig von einer vom VO-Geber zu entscheidenden Bund- oder Länderzuständigkeit auszugestalten, gelten die § 18ff. des NABEG nun unabhängig von der Zuständigkeit. Mit der Zuweisung zu Bund oder Land ist somit keine „Ob“-Entscheidung über das Verfahren, sondern allenfalls eine Frage des „Wie“, namentlich der staatsorganisationsrechtlich relevanten Zuständigkeit, getroffen worden.⁴³

Entscheidend war im Gesetzgebungsverfahren auch das bundesverfassungsgerichtlich ausgesprochene Verbot einer „**Inkraftsetzungsermächtigung**“.⁴⁴ Von einer solchen geht das BVerfG aus, wenn der Erlass einer Rechtsverordnung im Ermessen des Verordnungsgebers steht und durch ihr Inkrafttreten die Anwendbarkeit des parlamentarischen Gesetzes als solches erst ermöglicht wird. Damit wurde dem von den Ländern im Gesetzgebungsverfahren in letzter Minute vorgebrachten Vorschlag ein verfassungsrechtlicher Riegel vorgeschoben, wonach der gesamte Anwendungsbereich des NABEG, also sowohl die Bundesfachplanung als auch das Planfeststellungsverfahren, von der Entscheidung des VO-Gebers hätte abhängig sein sollen. Dieser Vorschlag musste angesichts des Verbots einer „Inkraftsetzungsermächtigung“ verworfen werden, weil der VO-Geber sonst über das „Ob“ der Anwendung des NABEG hätte entscheiden können. Diese „Ob“-Entscheidung darf hingegen allein vom Parlament getroffen werden.

4. Überblick über den stufenweisen Bedarfsplanungs- und Genehmigungsprozess

Das im EnWG geregelte Verfahren zur Aufstellung des Bundesbedarfsplans und die anschließende Bundesfachplanung sowie Planfeststellung bauen aufeinander auf und werden in folgender Abbildung illustriert.

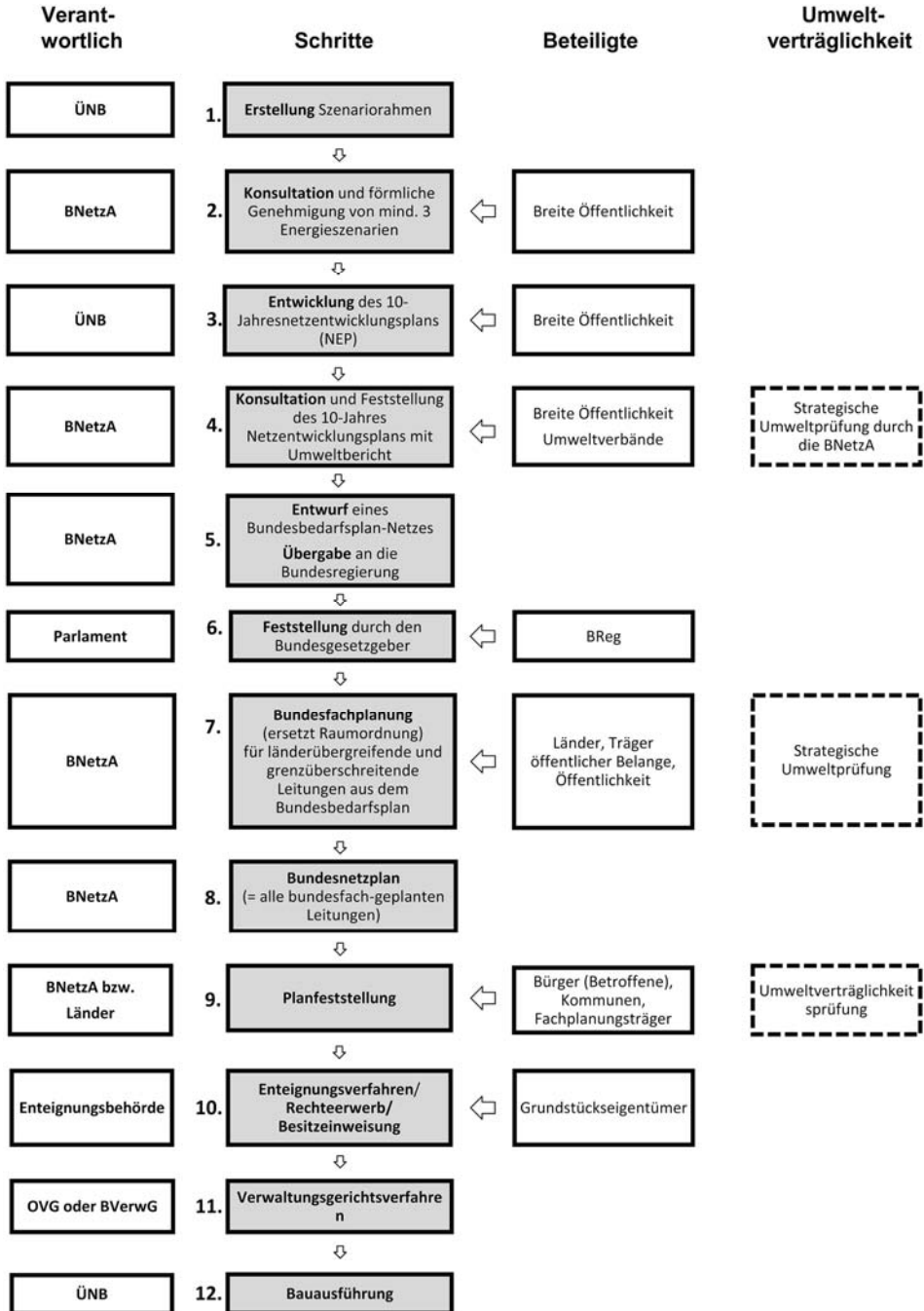
⁴¹ BVerwGE 102, 119, 126. Zum Meinungsstand in der Literatur siehe *Appel/Eding*, NVwZ 2012, 344.

⁴² Mangoldt/Klein/Starck/Sommermann, Art. 20 Rn 274, 283.

⁴³ Vgl. dazu auch *Appel/Eding*, NVwZ 2012, 345.

⁴⁴ BVerfGE 78, 249, 276.

Planungsphasen für Höchstspannungsleitungen



Grafik: Bundesnetzagentur